

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Sonntag, 6. Feber 1927.

Nr. 31.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus ... bei Bezug durch ...

monatlich ... vierteljährlich ... halbjährig ... ganzjährig ...

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich

Des Wohnungselends wird nicht gedacht!

An der Peripherie der Stadt Prag wohnen tausende von Familien in der menschenunwürdigen Weise. Ganze Reihen von ausgedienten alten Eisenbahnwaggons und kleine, hölzerne Buden, die den Namen von Häusern nicht verdienen, dienen schon seit Jahren armen Menschen, Opfern der Wohnungsnot, als Behausungen, in denen oft fünf und mehr Menschen in engem Raum zusammengedrängt wohnen. Was dieser Wohnungsjammer in sanitärer Beziehung bedeutet, wie das Zusammengepresstsein mit Erwachsenen auf die Sittlichkeit der heranwachsenden Jugend einwirken muß, wie es den Menschen jedes Lebensbedürfnis raubt, kann man sich auch ohne besondere Phantasie vorstellen. So tauglich diese Wohnverhältnisse in der Hauptstadt des Staates sind, sie sind doch nur ein kleiner Teil des herrschenden Wohnungselends, und vielleicht nicht einmal der ärgste, auch wenn man die schlechten Wohnungsverhältnisse, die sich hinter besseren Fassaden verbergen, hinzurechnet. So hat vor einiger Zeit die Karlsburger Bezirksverwaltungscommission Erhebungen in diesem Bezirke gemacht und die darüber veröffentlichten Berichte der Amtsärzte gaben ein Bild, das jeden schätzenden Menschen in tiefster Seele erschauern muß. Es wurden Wohnungen gefunden, die sich in feuchten Kellerkellern befanden, in Scheunen und Schuppen, sogar in feuchten Felsen befanden. Zum Teil waren es Holzhäuser, die derart baufällig waren, daß man durch Löcher in den Wänden in die Wohnungen sehen konnte. Manche Häuser sind vom Einsturz bedroht, viele haben nur einfache Fenster, von einer Überleitung keine Spur. Sinkende Höfe, verschimmelte Wände, fehlende Sparherde, Mangel an Möbelstücken, verrosteten das Bild. Dabei dienen diese Wohnungen oft als Massenquartiere, es wird in ihnen, die in vielen Fällen nur aus einem einzigen Raum bestehen, gekocht, gegessen, geschlafen, gewaschen und die Wäsche getrocknet. Hier sollen die Kinder ihre Schulaufgaben machen, hier soll ihr Sinn für Hauslichkeit geweckt werden! Viele der Einwohner schlafen in Decken gehüllt auf der Erde, oft müssen zwei Personen, mitunter sogar verschiedene Geschlechter und verschiedenen Alters, ein Bett benutzen, welche Hölle für die Menschen, welche Herde zur Züchtung der Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten!

Von alledem, von dieser Kulturfehde, von diesem Schicksal auf unser gepriesenes Zeitalter sehen und hören die Herrschenden nichts, was sie nicht sehen und hören. Wir haben eine Regierung, in der die frommen Merkmalen die erste Rolle spielen, eine Parlamentarität, die nur zustande kommen konnte, weil Massen von Wählern deren verlogenen Schlagworten vom „Verfagen der Sozialdemokraten“ überhört wurden. Man denkt noch immer nicht daran, diesen schrecklichen Zuständen durch Förderung der Bautätigkeit zu steuern. Solange die „verfagende“ Sozialdemokratie auf die Staatsverwaltung noch einigen Einfluß hatte, fehlte sie im Jahre 1921 das Gesetz betreffend die staatliche Bauförderung durch, und während seiner Wirksamkeit wurden 3278 Millionen als Subventionen für Neubauten gewährt, so daß etwa 26.000 Häuser mit über 50.000 Wohnungen errichtet werden konnten. Außerdem wurden bis zum Ende des Jahres 1925 mit Unterstützung dieses Gesetzes 2940 Miethäuser mit 27.976 Wohnungen, ferner 19.954 Familienhäuser mit 22.579 Wohnungen gebaut. Im Jahre 1925 lief die Geltung des Gesetzes ab. Die Niederlage, welche die sozialistischen Parteien bei den Parlamentswahlen in diesem Jahre erlitten, zeitigte ihre Wirkungen auch nach dieser Seite. Der den bürgerlichen Parteien durch die politische Unausführbarkeit vieler Wähler in den Wahlgefallen Wahlrecht machte sie selbstbewußt, stärkte ihren Klassenegoismus und ließ sie dem sozialistischen Verlangen nach Erneuerung des Bauförderungsgesetzes jähnen Widerstand entgegenzusetzen, Mit

der Bildung der Postmehrheit und der späteren Schaffung einer festen tschechisch-deutsch-slowakischen Bürgerregierung verringerten sich die Aussichten, daß der Staat seine Pflicht gegenüber den Opfern der Wohnungsnot erfüllen werde, immer mehr.

Wieder steht, nachdem die vorjährige sträfliche Weise verjährt wurde, eine Bauzeit vor der Tür. Tausende und Abertausende warten mit Sehnsucht darauf, aus unzulänglichen und unzulänglichen Wohnungsverhältnissen erlöst zu werden, aber nichts rührt sich, und die Regierung denkt an alles mögliche, um das Wohl der Bevölkerung zu erhöhen, nicht aber daran, die schreiende Wohnungsnot zu bekämpfen. Die Verhältnisse, die zur Unerbittlichkeit der Bautätigkeit des privaten Kapitalismus geführt haben, bestehen noch immer unverändert fort. Für die Kapitalisten bildet die Investierung von Geld in Wohnungsbau wegen der zu erwartenden geringen Verzinsung noch immer keinen genügenden Anreiz, und da in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung

nicht gebaut wird, um den Menschen ein Heim zu schaffen, sondern um Mehrwert für den Geldsack zu erzeugen, so ist an eine Verbesserung der Bauverhältnisse ohne Unterstützung des Staates nach wie vor nicht zu denken. Gerade jetzt haben die Banken einen großen Geldüberschuß, so daß sie kaum wissen, wie sie es anlegen sollen, aber dennoch fehlt es vollständig an Bankkapital. Das ist eben der Wahnsinn der heutigen Ordnung, daß sie trotz aller Geldüberschüsse nicht instande ist, die primitivsten Lebensbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Aber auch die Regierung, welche nur die Exponentin der kapitalistischen Klassen ist, bleibt gegenüber der Wohnungsnot untätig. Wenn auch die heutige Bauzeit vorübergehen sollte, ohne daß eine Erneuerung des Bauförderungsgesetzes erfolgt, so müßte jeder einsehen, daß in ihr vertretenen Parteien die Verantwortung aufgeladen werden. Die Opfer der andauernden Wohnungsnot müssen die Regierung energig zur Tat aufrufen!

Der Kapp-Butschick als Innenminister.

Aufsehenerregende Enthüllungen über die hochverräterische Vergangenheit des deutschnationalen Ministers Reubell. — Entrüstungskürve an der Linken. Das Vertrauensvotum des Zentrums nur bedingt.

Berlin, 5. Feber. (Eigenbericht.) Das Vertrauensvotum für die neue Reichsregierung in der heutigen Reichstagsitzung mit 235 gegen 174 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen angenommen worden. Die Mehrheit für die Regierung war deshalb größer als ursprünglich erwartet wurde, weil die kleinen Fraktionen des bayerischen Bauernbundes und der Deutsch-Böhmischer, denen man hierfür einen Staatssekretär versprochen hatte, für den Vertrauensvotum stimmten. Dagegen stimmte jedoch der Zentrumsgewaltige und frühere Reichsminister Dr. Wirth.

Doch die Regierung mit dieser Abstimmung auf festem Boden stünde, kann man nicht behaupten, besonders nach dem Verlauf der heutigen Reichstagsverhandlungen. Am Schluß der Aussprache über die Regierung machte Genosse Landsberg aufsehenerregende Mitteilungen über die hochverräterische Haltung des jetzigen Innenministers von Reubell während des Kapp-Butschicks im Jahre 1920. Reubell war damals Kommandant in dem Kreise Königsberg in der Weimarer. Er hat in diesem Amt öffentliche Kundgebungen angestellt, worin die verlogene Behauptung enthalten war, daß die verfassungsmäßige Regierung zurücktreten und die Kappregierung daher anzuerkennen sei. Reubell vertrat im Auftrag der Militärbehörden in Frankfurt an der Oder den von der rechtmäßigen Regierung gegen die Butschischen angedrohten Generalkrieg; er unterdrückte die sozialdemokratische Zeitung in Frankfurt und verbot außerdem den Druck und die Verbreitung aller Telegramme, Ertraktate usw., die irgendwelche Anordnungen oder Kundgebungen der rechtmäßigen Regierung enthielten. Reubell war auch von den Vorbereitungen zum Kapp-Butschick längere Zeit vorher unterrichtet. Es wurde weiter gegen ihn der Vorwurf erhoben, daß er bis zum vorigen Jahre auf

seinen Guts-Abteilungen der verbotenen Reichsorganisation „Olympia“ beherbergt habe und sie durch einen zu diesem Zwecke beurlaubten Reichswachtmeister militärisch habe ausbilden lassen.

Diese Mitteilungen des Genossen Landsberg erregten einen Sturm der Entrüstung auf der Linken, daß man es gerade hatte, einen solchen Mann zum Reichsinnenminister, also zum Führer der republikanischen Verfassung, zu machen. Reubell befaß auch nicht den Mut, zu erklären, daß er in der Zwischenzeit seine Niederlegung geändert habe und jetzt zur Republik stehe, sondern er verschlangte sich hinter Ausflüchte und Behauptungen, die sofort als falsch nachgewiesen werden konnten.

Auch im Zentrum entstand lebhaftes Verwundern und man glaubte beinahe, daß es wegen diesem Falle wieder zu einer Krise kommen werde. Der Reichsminister Dr. Marx erklärte nun, daß er die Angelegenheit genau untersuchen wolle, und das Zentrum beantragte die Sitzung auf eine Stunde zu verlagern, damit sich das Parlament wieder beruhige. Nach der Wiedervereinigung der Sitzung ließ das Zentrum mitteilen, daß es zwar dem Vertrauensvotum zustimmen werde, jedoch mit dem Vorbehalt, daß Herr von Reubell nachträglich die gegen ihn gerichteten Behauptungen als haltlos aufzuklären vermöge.

Darauf kam es zu der eingangs erwähnten Annahme des Vertrauensvotums.

Streitmann geht auf Urlaub.

Berlin, 5. Feber. (Wolff.) (Mitt.) Der Reichsminister des Innern, Dr. Streitmann, tritt morgen Sonntag, einen mehrwöchigen Erholungsurlaub an. In seiner Vertretung führt der Staatssekretär Dr. von Schubert die Geschäfte des Reichsinnenministers.

Der polnische Militarismus.

Der Berliner „Sozialdem. Pressedienst“ berichtet aus Warschau:

Der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Pantke führte bei der Beratung des Militärhaushalts im Sejm aus, daß Polen eine stehende Armee von 270.000 Mann unterhalte. Außerdem besitze es eine luxuriöse Kriegsflotte, die zehnmal mehr Admirale zähle als Polen Schiffselbeiten habe. Ein großer Teil des für das Militär bestimmten Geldes werde untergeschlagen. Im vergangenen Jahre hätten sich die Unterschlagungen auf über 150 Millionen Polnisch gekostet. Der Redner deutete dann die schlechte Ernährung der Soldaten. Die Pension der Offiziere hätte man erhöht, aber die Soldaten erhielten nach wie vor 8 Groschen, das sind etwa 32 Heller im Tag. Die Klagen über Mißhandlungen der Soldaten hätten ungehört angenommen. Für Ermordung von Zivilisten würden Offiziere mit einem Jahr Gefängnis, Soldaten dagegen wegen Desertion zum Tode verurteilt.

Ein polnischer sozialistischer Abgeordneter hob

hervor, daß Polen ein Drittel seines Haushaltes für seine Armee ausbehalte, also dreimal so viel wie andere Staaten für ihr Heer zur Verfügung stellen. Er verlangte eine Verklärung der Militärbehörden und die Verabschaffung des stehenden Heeres um 50.000 Mann.

Blutige Kämpfe in einer polnischen Stadt.

Fünf Tote und sechs Schwerverletzte.

Warschau, 5. Feber. (Wolff.) Die „Głos Przemyski“ meldet, daß Koffow in Polnisch Weichselstadt der Schauplatz blutiger Kämpfe auf dem Hauptplatz, wo anlässlich des Marktes ungefähr 1500 Bauern aus der Umgebung versammelt waren, wurden von zwei Agitatoren radikale Ansichten geäußert, in denen sie die baldige Hilfe von Sowjetrußland ankündigten. Als die Polizei bei dem Versuch, die Redner zu verhaften und die Bauern zu zerstreuen, auf tätlichen Widerstand stieß, machte sie von der Waffe Gebrauch und gab zwei Soldaten in die Wenzel. Es wurden fünf Personen getötet und sechs schwer verletzt.

Die Mordtat von Schattendorf.

Ihr Hintergrund: die ungarische Gegenrevolution.

Von Dr. Gustav Polkatschek, Wien.

Was an der feigen Mordtat von Schattendorf so empörend ist und was darum die ganze Öffentlichkeit noch mehr aufregt, als die bisherigen Mordtaten der Hakenkreuzler und Frontkämpfer, das ist, daß sie mit den Mordtaten Horst Wagners gegen Österreich zusammenhängt, daß österreichische Organisationen österreichische Staatsbürger — einen Schwerverletzten und ein Kind — mordeten, weil Ungarn unserer Republik ein Teil deutschen Bodens entreißen will. Dieser Mord steht im innigsten Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen, die Ungarn mit Hilfe des faschistischen Italiens vornimmt, um der österreichischen Republik das ferndeutsche Burgenland zu entreißen. Und bei diesen Vorbereitungen zum Raub deutschen Bodens stehen die burgenländischen Frontkämpfer, nicht die ganze Frontkämpferorganisation, aus der gegen die Republik, aus der gegen die Arbeiter, auf Seite des Feindes.

Die Enthüllungen des Landesgenossenschaftsleiters des Burgenlandes lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Ungarns Pläne trotz aller Beschränkungen des Friedensvertrages sehr umfangreich sind. Die Enthüllungen über die geheimen Munitionslieferungen an die Frontkämpfer und über die offizielle und inoffizielle Propaganda für die Rückeroberung des Burgenlandes wurden schon recht dokumentiert. Nebenfalls hat die offizielle Presse, ebenso wie die Zeitungen, daß Ungarn, das nach dem Friedensvertrag ebenso wie Österreich mit dreihunderttausend Mann hielten darf, über 600.000 Mann verfügt, auf genauen Beobachtungen beruhen. Aber noch gefährlicher für Österreich ist die Bildung der irregulären Bände an der Grenze, die schon einmal in das Land einzufallen und hier einen ungeordneten Aufstand der Burgenländer markieren müßten. Diese Bände, die mit den ungarischen weißen Terrorbänden in Verbindung stehen, heißen zugleich auch die monarchistischen Frontkämpferorganisationen in Österreich in Bereitschaft. Die burgenländischen Frontkämpfer sind zugleich die Vorbereitungen der monarchistischen Organisation in Österreich und der ebenfalls monarchistischen Freiwillichen in Ungarn.

Die Habsburgerpropaganda ist es, die die ungarischen Bestrebungen nach Wiedererlangung des Burgenlandes und die österreichischen Frontkämpfer zusammenbringt, und deshalb ist der insofern Mord gerade jetzt geschehen: Graf Bethlen hat vor kurzem sein monarchistisches Parlament nach seinen Wünschen zusammengesetzt, und bezieht jetzt die Rückeroberung der Habsburger vor. Dabei hat er einen Bundesgenossen in Mussolini gefunden, der in einem monarchistischen Unstern den überlegen Bundesgenossen gegen Jugoslawien zu haben glaubt, umal, wenn der neue habsburgische Herrscher nicht der legitime Erbe des abgeworfenen Kaisers und Königs Karl, der Knabe Otto wäre, sondern, wie es die weißen Garben in Ungarn wünschen, der Erbprinz Albrecht, der eheliche Sohn des österreichischen Erzherzogs Friedrich — des kaiserlichen Armeekommandanten, der um Vater des kaiserlichen Königs durch sein Blutregime vorbereitend ist, das ihn in den von der österreichisch-ungarischen Militärmacht besetzten Gebieten, den doppelten Namen des Kaisers und des Deutsers verschafft hat.

Mit italienischer Hilfe werden die militärischen Kräfte in Ungarn ausgebaut, die sich zwar gegen alle Nachbarn richten, um das alte Ungarn wieder herzustellen, die aber natürlich eine unmittelbare Gefahr, zumindest aber eine handliche Bedrohung für den schwächsten Nachbarn sind für das durch den Friedensvertrag von St. Germain entwaffnete Österreich. Zugleich werden mit dem Gelde des habsburgischen Präsidenten — und mit Unterstützung und Duldung der ungarischen Regierung — die ungarischen Bände an der burgenländischen Grenze ausgerüstet und ausgehalten, die bereitstehen, sobald der günstige Augenblick gekommen ist, ins Burgenland einzufallen, wie sie es im September 1921 taten, als sie mit dem Gelde der Franzosenherrenregierung — den eschischen tschechischen Bauern — ausgerüstet waren. Damals hatten ihnen die österreichischen Feinde die Waffen geliefert, indem sie ihnen die Waffendiebstahle in den österreichischen Waffenslagern ermöglichten; und die Werkzeuge für die falschen Soldaten in Weppersdorf bei Graz hand, wie früher bewiesen wurde, unter dem Schutze der kaiserlichen Landesgenossenschaft und des christlichsozialen Landesgenossen Dr. Rimelen.

Die damals die christlich-sozialen Heimwehren aus Hof gegen die Republik den ungarischen Bänden den Einfall in das Burgenland ermöglichten, so besteht jetzt ein offener Zusammenhang zwischen den ungarischen Bänden, der ungarischen

Gegenrevolution, den ungarischen monarchistischen Bestrebungen, den ungarischen Kriegsveteranen und den hungarischen Frontkämpfern. Und das verleiht der Wortschat von Schattendorf den weisheitlichen Hintergrund.

Entstellung im Kampf gegen die Sozialversicherung.

Der Abgeordnete der deutschen Gewerkschaften, Tichy, als Vorkämpfer der reaktionären Heizer und seine falschen Ziffern.

Vor kurzem fand in Jnaim eine Versammlung statt, zu der sich die deutschen Regierungsparteien: Landbändler, Christlichsoziale und Gewerkschaften, zusammenschlossen, lediglich zu dem Zwecke, um ihre Heize gegen die Sozialversicherung zu begründen. Melodie und Text waren bei allen drei Protagonisten, die dort gegen das arbeitende Volk aufmarschierten, gleich. Abgesehen der Abgeordnete der deutschen Gewerkschaften, Tichy, folgte seiner Uebersetzung, daß die Kleinrenten immer am meisten kreieren müßten, und schrie deshalb seinen Satz am lautesten und drehesten in die Versammlung. Nach dem Bericht des Brünner „Lageboten“ ließ sich Tichy unter anderem also vernehmen:

„Das Beispiel der Brünner Bezirksversicherungsanstalt, die im Jahre 1924 31 Millionen Einnahmen zu verzeichnen hatte, denen nur 22 Millionen Ausgaben gegenüberstanden, und die den Ueberschuß von neun Millionen zur Erbauung eines imposanten Palais verwendet habe, läßt es begreiflich erscheinen, wenn die Arbeitsbeschäftigung, die für die Hälfte der Beiträge auskommen muß, auch die Basis bei der Kontrolle der Verwendung der angehäuften Kapitalien ist. Selbst der Kampf gegen die Sozialversicherungsgesetze im Parlament bestimmt nicht werden, aber wenn die Massen der erwerbsfähigen Bevölkerung geschlossen hinter ihren Parlamentarier stehen dann besteht doch begründete Aussicht auf den Erfolg.“

Die Anschuldigungen des Herrn Tichy sind ein Schuldschein für die Unachtsamkeit und Verantwortungslosigkeit, mit denen das Bürgertum und seine Parteien ihren Kampf gegen die Sozialversicherung führen. Wir haben die Angaben des Herrn Tichy geprüft und festgestellt:

Die Ausgaben der Brünner Krankenversicherungsanstalt im Jahre 1924 betragen nicht, wie Herr Tichy angibt, 22 Millionen, sondern 29.965.286 Kronen. Herr Tichy hat sich also um nicht weniger als acht Millionen geteilt! Das ist allerhand, wenn man bedenkt, daß nach seinem Referat jedermann glauben mußte, Herr Tichy habe gewiß, um den Kampf gegen die Sozialversicherung sachlich zu führen, die ihm natürlich zugänglichen Konten der Anstalt gewissenhaft geprüft. Herr Tichy hat vielleichte auch bei den Aufsichtsbehörden nachgesehen, aber es beliebt ihm, falsche Ziffern anzuführen!

Die Leichtfertigkeit des Herrn Abgeordneten Tichy kommt aber noch mehr zum Ausdruck in seinen Anspielungen auf das „imposante Palais“ der Brünner Anstalt, aus denen natürlich auf die Verschwendungssucht und schlechte Wirtschaft der Anstaltsleiter geschlossen werden soll. Was ist's aber mit diesem „Palais“?

Der Neubau, der schon im Jahre 1923 — also nicht aus den Ueberschüssen des Jahres 1924 — ausgeführt wurde, war dringend notwendig, weil die Bezirkskrankenkasse mit der weit größeren Allgemeinen Krankenkasse verschmolzen worden war und die alten Räume dadurch vollkommen unzureichend geworden waren. Das „Palais“ wird aber nur zu einem Drittel von Anstaltsräumen eingenommen; zwei Drittel sind Wohnungen für die Angestellten des Instituts und für andere, die so der Wohnungsnot, deren Opfer sie waren, entzogen wurden!

Und die Riesensummen, die dafür ausgegeben wurden?

Von der achtzigprozentigen, staatlich anerkannten Banquote, die sich auf 6.312.000 Kronen beläuft, zahlt der Staat über dreieinhalb Millionen, und den Rest von etwa zweieinhalb Millionen zahlt die Anstalt in einem Zeitraum von 15 Jahren!

Es ist also eine grobe Unwahrheit, daß die Anstalt neun Millionen Ueberschüsse für den Bau verwendet hat, sondern der Bau wurde zum größten Teil aus staatlichen Mitteln auf Grund des Baugesetzes hergestellt.

Aber das alles genügt noch nicht, um die Ehrlosigkeit und Leichtfertigkeit genügend zu charakterisieren, mit denen die Tichys ihren Kampf gegen die Sozialversicherung betreiben wollen. Herr Tichy, der gegen die Sozialversicherung zu Felde zieht und sich dabei vor allem auf die zu großen Ueberschüsse der Krankenkassen beruft, weiß nämlich sichtlich gar nicht, daß nach dem Krankenversicherungsgesetz (Paragraph 178) jeder Kasse ein bestimmter Reservefonds vorgeschrieben ist, daß keine einzige Kasse bisher imstande war, diesen Reservefonds, so wie es das Gesetz vorschreibt, sicherzustellen, und daß die Brünner Anstalt, deren Reservefonds Ende 1924 über 14 Millionen Kronen betrug, dem Gesetz nach einen Reservefonds von 31 Millionen Kronen besitzen sollte. Das weiß der Fachmann in Sozialversicherung, Herr Tichy, nicht, obwohl das Krankenversicherungsgesetz immerhin schon 35 Jahre alt ist. Und wenn er es weiß, so müßte man über ihn noch ein weis harteres Urteil als das fallen, das aber auch ausreicht, daß nämlich dieser famose Volksvertreter mit Begreifen und Jodeln operiert, die falsch sind, und die seinen Leichtsin, sein geringes Verantwortungsbewußtsein und sein Unwissen offenbaren.

Wir haben uns mit diesem Fall so ausführlich befaßt, weil er uns für die ganze Art, in der die deutschen Regierungsparteien den Kampf gegen eine der wertvollsten Errungenschaften der Arbeiterklasse führen, als typisch erscheint. Herr Tichy, der es nicht erwarten kann, bis die reaktionäre Parlamentsmehrheit zu dem neuen Streiche gegen die Arbeiter unsholt, war einmal auch ein „Arbeitervertreter“.

Das war zu jener Zeit, wo er sich einbildete, daß seine feine Schlinge in der Sozialdemokratie harrte machen könnten. Das ist ihm — wie sich zeigt: mit Geduld — vorbeigelungen. Bei den Gewerkschaften war sein Streben erfolgreicher, dort hat man das wahre Herz dieses Mannes zu würdigen verstanden. Noch heute aber versucht der Heizer, sich in seiner Heimat als den warmführenden Arbeiterfreund aufzuspielen. Wir hoffen, daß er, nachdem wir an Hand seiner Jmaimer Rede sein wahres Wesen einmal enthüllen konnten, unter Arbeitern, falls er sich in ihre Nähe rauen sollte, die gebührende Abfuhr erhalten wird.

Die „Massen der erwerbstätigen Bevölkerung“, die Tichy für die arbeitserfreundlichen Pläne der deutsch-tschechischen Regierung zu gewinnen hofft, werden geschlossen auf der anderen Seite stehen, und Herr Tichy wird ausschließlich nur in dem einen recht behalten, daß der Kampf gegen die Sozialversicherung, der ihm und allen anderen gewerkschaftlichen, landbändlerischen und kirchlichen Schatzmachern Herzengasche ist, nicht leicht sein wird!

Die neue Landeseinteilung.

Schlesien verschwindet. Ein Drittel der Landesvertretungen von der Regierung ernannt. — Wahlrecht erst mit 24 Jahren.

Prag, 5. Februar. Die morgige „Prager Presse“ veröffentlicht Einzelheiten über den längst angekündigten Gesetzentwurf zur Reform der politischen Verwaltung, der im letzten Ministerrat genehmigt wurde und am Montag der politischen Kammer der Regierungsparteien vorgelegt werden soll.

Demnach werden die durch das Gangesch vom Jahre 1920 vorgezeichneten und in der Slowakei bereits aktivierten Gänge aufgehoben und die früheren Länder als selbständige Verwaltungsgebiete realisiert. Schlesien wird mit Mähren vereinigt, so daß es künftig nur vier solche Verwaltungsgebiete geben soll: Böhmen, Mähren mit Schlesien, Slowakei und Karpathoruthland. Jedes dieser Länder wird von einer politischen Landesbehörde verwaltet, an deren Spitze ein von der Regierung ernannter Landespräsident steht. Außerdem wird für jedes Land eine Landesvertretung und daneben ein engerer Landesausschuss systemisiert, der aus Mitgliedern der Landesvertretung zusammengesetzt ist. Die Landesvertretungen sollen in Böhmen 96, in Mähren 54, in der Slowakei 51 und in Karpathoruthland 18 Mitglieder zählen, die Landesausschüsse dagegen einheitlich aus je zwölf Mitgliedern bestehen.

Die Mitglieder der Landesvertretungen werden nur zu zwei Dritteln gewählt, während die Regierung das restliche Drittel einfach ernannt. Die Wahlen erfolgen nach dem Proporzionalwahlrecht, doch soll das aktive Wahlrecht von 21 auf 24 Jahre hinausgesetzt werden.

Auch die in den letzten Tagen in der tschechischen Presse aufgetauchten Gerüchte, daß die Aufhebung von mehr 60 Bezirken geplant sei, bestätigt sich. Wenigstens heißt es in der „Prager Presse“ weiter, daß die Regierung im Verordnungswege Bestimmungen erlassen soll, wie viel Bezirke in den einzelnen Ländern errichtet werden sollen. In der Regel soll ein Bezirk 40.000 Einwohner umfassen. Nach denselben Grundzügen sollen neue Bezirksvertretungen von 18 bis 36 Mitgliedern gewählt werden. Die Wahlen in die Länder und Bezirke sollen bereits im Herbst ausgeschrieben werden und die neue Organisation bereits mit 1. Jänner des nächsten Jahres in Kraft treten.

Es ist selbstverständlich, daß diese Verträge, die im Gegensatz zur Verfassung ein derart reaktionäres Wahlrecht schafft und die großen geschlossenen deutschen Gebiete einem vorwiegend tschechischen zentralen Verwaltungskörper unterwirft, auf den schärfsten Widerstand unserer Partei stoßen muß. Es bleibt ein ewiger Schandfleck für die deutschen Regierungsparteien, daß sie mit diesem Gesetz die beiden einzigen deutschen Gänge, die der deutschen Bevölkerung selbst durch die Gaunovelle vom Jahre 1920 zugesprochen wurden, nun bedingungslos einer tschechischen Mehrheit, die noch dazu zum großen Teil von der Regierung ernannt wird, ausliefern wollen.

Die Slowaken und die Verwaltungsreform.

In Rosenberg fand am Freitag eine Konferenz der slowakischen Volkspartei statt, in der Hlinka und die beiden Minister der Partei Referate erstellten. Es wurde hierauf eine Resolution, in der es unter anderem heißt, angenommen: „Der erweiterte Volksgausch der slowakischen Volkspartei stimmt mit dem Eintritt der Partei in die Regierung überein und brüdt seinen Vertretern in der Regierung das Vertrauen aus. Gleichzeitig erklärt er, daß er in dem Gesetzentwurf über die Reform der politischen Verwaltung nicht das Gesetz über die politische Autonomie der Slowakei auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes des selbständigen slowakischen Volkes erblickt und sich verwahrt, daß dieser Entwurf als der Entwurf für die politische Autonomie der Slowakei verstanden und als Lösung und Abschluß der slowakischen Frage in der Republik betrachtet werde. Durch den Eintritt der slowakischen Volkspartei in die Regierung, hat sich der Arbeits- und Kampfsport der Abgeordneten und Senatoren, aller ihrer Vertreter und Mitglieder, nicht über das künftige Verhältnis des slowakischen und tschechischen Volkes im Rahmen des Staates geändert. Der erweiterte Volksgausch der slowakischen Volkspartei stand und steht fest auf dem bisherigen Programm, insbesondere der Verwirklichung des Pittsburgger Abkommens, an dessen Gültigkeit und Verbindlichkeit unerschütterlich festhalten wird.“ Wie man sieht, sind die Slowaken entschlossen den Kampf um ihr Land nicht ohne weiteres aufzugeben.

Der Unfug mit den gegenseitigen Repräsentationsbesuchen der verschiedenen Parlamente geht weiter.

Am 12. Februar kommt eine zwanzigköpfige Deputation des jugoslawischen Parlamentes nach Prag, um hier den Besuch der Prager Parlamentsdeputation zu erwidern. Wie viel Hunderttausende werden die Empfänge und diversen Festlichkeiten wohl wieder kosten?

Wiederaufnahme des Hochschulbetriebes in Wien.

Wien, 5. Februar. Wie die Korrespondenz „Globus“ meldet, haben heute nachmittags die Vertreter der beiden großen Studentengruppen dem Rektor der Universität die Zusage gegeben, daß keine weiteren Störungen an der Universität vorkommen werden. Sie erließen gleichzeitig ein Wiederholung des Hochschulbetriebes. Eine morgen erscheinende Kundmachung des Rektors ordnet die Wiederaufnahme des Hochschulbetriebes mit Ausnahme der beiden onomischen Institute für Montag an, fügt jedoch hinzu, daß jede weitere Störung die sofortige Schließung der Universität herbeiführen würde.

Die Entfugung.

Eine Kloster-Erzählung

von Gerhard Förber.

Doch sie kam nicht dazu! Vater Frank, mattlos, kraftlos geworden durch die Ewignisse, drückte sich zur Wand und heulte lautjammernd los, wie ein Kind, das eine Nadel gefickt — und Konne Marie? Jetzt umarmte sie die Dirne und sagte nichts als: „Ich wußte, daß du kommen würdest — du! du! Heilige!“ Und Frank sagte tonlos dazu: ja — leise ja! — Nun, wo sie jetzt eine Gefrauste vor das Vertrauen dieser Frau trat, die sie durch Liebe bei der Geburt des Kindes gemühtigt hatte — nun, da sie verpestet und beladen, des Vertrauens nicht mehr würdig war — da sah sie daß diese von ihr in das Herz Konne Mariens verpflanzte Zeite Wurzeln geschlagen hatte, ein Baum war — Franziska hätte niederknien sollen! Sie erkannte, daß sie damals auch geboren hatte — anders als Konne Marie — anders! Daß sie Liebe Mariens geboren hatte. — Die häßliche Nacht mit Vater Frank war ihr plötzlich aus dem Gedächtnis entschwunden, war vergessen; sie fühlte nur, dadurch, daß sie damals das Rosenkorn in Mariens Busen gesenkt hatte, war sie Minnitter des Agnuskinde, denn sie hatte die Marie ja zur Mutter umgeschaffen! Wie hätte eine von Hof und Mithranen geborene Landstreichlerin, die Marie damals war, des Agnuskinde Mutter sein können! Daß Vater Frank damals den jungfräulichen Leib Franziskas geschändet hatte, war das nicht ganz gleichgültig gegen den Umstand, daß er von der Geburt eines Sohnes erfahren hatte? Und Franziska nicht — lächelte — wie wohl tat diese Macheit! Sie trat ganz in die Stube und sagte nur Schulmädchen fast weidlich und verlegen: Ja, ich, ich habe das Inferat in der

Zeitung gelesen und komme nun — alles hing an ihren Augen — leise vollendete sie ihre Worte wie ein Gebet: um zu retten.

Vater Frank... ein lauerer Blick traf ihn und er sank vor ihr auf die Knie und küßte ihre Hände, laut reden konnte er nicht, denn Marie stand neben ihm und schluchzte wild, untralle mit den dünnen Händen die Füße Franziskas. „Ich will es für euer Kind tun, Herr, vergib uns unsere Schuld!“ Ihre Stimme zerriß diesen entsehlenden Augenblick und Vater Frank verstand sie! Der unterfuchende Arzt, der die Blutprobe geleitet hatte, machte sie auf die Gefahr für ihren geschwächten Körper aufmerksam — eine Sekunde der Angst nach der Mutter des Kindes, dann aus Franziskas Munde das erlösende: „Ich will!“ Die Prozedur dauerte nicht lang, ein leises „Ah“ der Hülfsbereiteten, ein Schluchzen des Kindes und dann begann Franziskas Blut durch eine goldene Kanüle in den kleinen Körper zu fließen. Die goldene Kanüle, das Blutopfer — sie begriff die heilige Handlung, je mehr Blut floß, desto müder wurde sie, desto hingebender wurde ihre Liebe zu dem kleinen Wesen, das leise zu zwickern begann und immer lebhafter wurde. Sie wurde so die zweite Mutter dieses Kindes und dieser Gedanke befehlte sie, als sie schlief...

XVI.

In dem wunderbar klaren Krankenhaus gehen alle an der Zelle Franziskas mit leisen Schritten vorbei. Man weiß, daß sie sehr krank ist und daß Zweifel bestehen, sie durchzubringen. 14 Tage liegt sie schon brennend und folglos in ihrem Bette — fast ohne Glauben an die Medizinen des Arztes. In diesen 14 Tagen ist wie durch ein Wunder die rauhe Feinstimme, der aufgequollene Waden und die Bewitterung ihres Gesichts verschwunden. — Sie liegt da, wie eine jener reinen dörflichen Jungfrauen, von denen Pfarrer und

Abergläubische behaupten, sie seien heilig; und dabei ist es nur ein einziger Gedanke, der Franziska besetzt: vielleicht ist ganz klein wenig Wahnsinn — oder auch Todesfarbe mit im Spiel: „Ich bin die Mutter der Liebe“ und so wartet sie, bis alle draußen sind und singt leise:

„Ich bin die Mutter der Liebe“
Die Liebe ist ein Rosenstrauch — und das kann sie unobfäßig, bis es dunkel wird, wiederholen.

Im Salon Bufanowic sitzt Mama Bufanowic in starren hochgeschlossenen Seidenkleide und spricht mit der ganz zur Greisin gewordenen Frau Stojanowic: „Wo ist Franziska und wie geht es ihr?“ Das ist der unablässige Inhalt ihres Gesprächs! Die Totenküßler von jenem Verlobungsfest sind noch verwahrt im Kasten! Aber von Franziska besteht nichts mehr als ein verblühtenes Aquarell Mirros, was nach der Stimmung entstanden war! Mama Bufanowic holte den Farbensaften, den sie von Franziska Malverluben aufgehoben hatte und meinte darüber, wie schon oft ihre glühenden Jahren. — Es half nichts! Franziska kam nicht, war unwiederbringlich verloren. Unwiederbringlich? Wenige Tage später brachte Herr Bufanowic die Nachricht von Franziskas Ausschluß aus dem Kloster! Boke! Boke! Boke! Mama Bufanowic schrie laut auf und betruugte sich selbst oft hintereinander. Herr Bufanowic rauhte aber nun auch Franziska Aufenthalt.

Man hatte natürlich von der Großtat Franziskas auch in den Zeitungsredaktionen erfahren, und da in sensationeller Aufmachung eine unfreiwillige Dramatik drinnen steckte, so las Gänzlich in der Zeitung folgende Notiz:

Heldentat einer polizeilich festgestellten Dirne. Freitag, 3. Jänner I. J.

Wie unser Lokalkorrespondent meldet, hat sich auf das in der vorgezogenen Zeitung befindliche Inferat des Herrn A. Frank, mit der Bitte um einen literarischen Beitrag für sein Kind, eine polizeilich kontrollierte Dirne, Franziska B., gemeldet, und obwohl der Arzt ihres krankhaften Zustandes wegen den letalen*) Ausgang des Experimentes befürchtete, unterzog sie sich tapfer der Operation! Wie wir aus Erfahrung wissen, trafen auf das Inferat des Herrn Frank keine Antworten ein! Keine!! In einer Stadt von nahezu einer Million Einwohnern findet sich nur eine arme Dirne, die den Mut und die Güte findet, ein sterbendes Kind zu retten?? Wie uns berichtet wird, ist das Kind im Zustand der Genesung und Franziska B. liegt an Entschwäche im Sterben.

Die Redakteure wußten ja nicht alles! Ueberhaupt keiner in der Stadt, vielleicht ahnte Günther, nachdem er dies gelesen hatte, etwas vom wahren Sachverhalte, denn er hatte heute ein Briefchen empfangen von Franziska B. mit diesem Text:

Nun, da ich sterbe, kann ich dir sagen, muß ich dir sagen, ich hatte dich unendlich lieb gehabt. Verzeihe mir, ich verstand das Leben nicht besser. Franziska Bufanowic.

Er hatte das nicht geglaubt — neue Finten gewittert, den Brief achlos in die Tasche gestopft — jetzt sprang er auf, las noch einmal, las, las, mit liegender Blässe im Gesicht sprang er auf und lief wie ein Windhund zum Krankenhaus.

Auch die Eltern Bufanowic kamen in 7 an.

*) tödlichen.

(Schluß folgt.)

Warum bekämpft das Bürgertum die Wiener Rathhauspolitik?

Abrechnung des Genossen Breitner mit dem christlichsozialen Zutreiben des Bankkapitals.

Wer die politischen Auseinandersetzungen in der Wiener Presse verfolgt, muß den Eindruck haben, daß Österreich mitten in einem wütenden Wahlkampf steht. Ein halbes Dutzend bürgerlicher Zeitungen ziehen täglich mit dem schwerschütigen Beschütze bezahlter Berleumdungen und erlogener Argumente gegen die Sozialdemokratie zu Felde. Der Kampf spielt sich auf das eine Problem der Wiener Steuerpolitik zu, auf den Kampf um Breitners, den Begründer der Finanzpolitik. Der gesunde Menschenverstand sagt zwar, daß die Leistungen der Gemeinde Wien so groß sind, daß sie auf dem Gebiete des Fürsorgewesens, der Wohnhauspolitik, des Schulwesens, so Großes geleistet hat, daß allein damit ihre Steuerpolitik gerechtfertigt wäre. Der gesunde Hausverstand rechtfertigt es, daß Breitner keine Anleihen aufnimmt, keine Schulden macht, sondern bar zahlt und darum billig baut. Über die Lügen der bürgerlichen Presse und der christlichsozialen Gemeindepolitiker hagelt es nicht nieder, daß es sich lohnt, den ganz allgemeinen Vernunftgründen noch die besondere Rechtfertigung der Breitnerschen Politik anzureihen. Genosse Breitner hat vor einigen tausend Menschen am Montag in der Volksbühne des Rathhauses über die Wiener Steuerpolitik gesprochen. Er führte zunächst aus, daß der Kampfeifer der Christlichsozialen daher rühre, daß sie ihre Bankstandale vertuschen, den Värm über ihre Verbrechen überreden wollten. Er kam dann auf die Steuern zu sprechen, die durchaus auch in Wien keine sozialdemokratische Erfindung sind. Breitner führte aus:

Nur eine kleine Minderzahl wagt und weicht es heute, daß

in jeder Goldkrone Zins, die an den Hausbesitzer gezahlt wurde, mehr als vierzig Heller an öffentlichen Abgaben

enthalten waren. Wenn ein Arbeiter für seine Wohnung dreißig Goldkronen zu entrichten hatte, so sind davon zwölf Goldkronen in Wirklichkeit Steuergehalt gewesen. Heute macht

die Wohnsteuer für eine solche Wohnung nur neunzig Groschen monatlich aus.

Groß ist die Wohnsteuer nämlich nur für die Reichen: für die Familie Rothschild etwa, die 188.000 Schilling bezahlen muß. Für die Großen, deren Wohnsteuer mehr als 1.200.000 Schilling beträgt. (Wozu?) Wer in der Friedenszeit Gas oder elektrischen Strom verbrachte, wer ein Glas Wasser getrunken hat, wer die Straßenbahn benutzte, ist in sehr ausgiebiger Nähe städtischer Steuerzahler gewesen. Mehr als vierzig Millionen Schilling sind auf diese Weise als Gewinne in die Gemeindefasse geflossen. Heute verzichtet die Gemeinde auf diese indirekten Steuern. Die Folge davon ist, daß das Gas um 28 Prozent, der elektrische Strom um die Hälfte billiger ist als vor dem Kriege. Die Straßenbahnpreise sind nicht devalviert, das Trinkwasser wird umsonst abgegeben.

Wir holen uns die Steuern auf andre Weise.

Ohne Steuern können auch die Sozialdemokraten in der kapitalistischen Wirtschaft die Verwaltung nicht führen. Wir benötigen Gelder, um die Schulen zu führen, die Feuerwehre auszurüsten, die Wohlfahrtsanstalten zu erhalten, um die Beamten und Arbeiter zu bezahlen, um die Gärten und die Straßen zu pflegen, um die Kanalreinigung zu betreiben, um den Redirich abzuführen, vor allem, um die großen Wohnbauten zu errichten. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Breitner unterzog dann die Steuerpolitik der Christlichsozialen im Grunde einer sorgfältigen Kritik, zeigte besonders, wie die Steuern, die auf dem Verzehrenden liegen, auf ein Minimum zusammengeschrumpft, die Steuern auf den Massenverbrauch aber ungeheuer gestiegen sind. Die Warenumschlagsteuer belastet das Brot der Arbeiter und die Kohle in den öffentlichen Warmwasseranlagen, die Medizin für den Kranken und die Begräbniskosten, die ist für Luxusautomobile und Wohl gleich hoch. Der Redner kam auf die schreckliche Arbeitslosigkeit und das Waffensend der von Seipel „Janickien“ Oesterreicher und der Wiener besonders zu sprechen. Er fährt fort:

Und in einer solchen Stadt, und in einer solchen Zeit, tagt unter Vorherrschaft christlichsozialer Gemeinderates, angeführt von den Begründerworten eines christlichsozialen Stadtrates, eine Versammlung und hat den Mut, an die Spitze ihrer Wünsche die Forderung zu stellen: Die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe für die Nachtlokale, für die Bars, für die Deutigen, für die Konzertkassenhäuser, für die Konzertsäle, für den Saal, für das Hotel Imperial, für Vikhof und Grand Hotel muß aufgehoben werden!

(Pfeif!) Hier gibt es kein Verdunkeln des Tatbestandes. Von 3623 Gasthäusern, die in Wien im Betrieb sind, hat der Magistrat bloß 775 eingereicht, es sind also 2848 Gasthäuser vollkommen abgabefrei. Bei den Kaffeekneipen sind 348 eingereicht und 896 steuerfrei; bei den Zuckerbädern 218 eingereicht und 55 gänzlich abgabefrei.

Aber auch von den tatsächlich eingereichten 775 Gasthäusern zahlen 638 Lokale nur ein bis höchstens sechs Prozent.

Wohlfühl Lokale in ganz Wien haben den höchsten Steuersatz von fünfzehn Prozent zu entrichten.

Wenn sich dieses Volk von Wien noch ein Stück christlichen Farnes bewahrt hat, dann muß ein einziger geltender Schrei der Enttäuschung durch diese Stadt gehen, angesichts der Schamlosigkeit, angesichts der Frivolität, daß diese Christlichsozialen tatsächlich keine andre Sorgen kennen, als die Steuerfreiheit für Nachtlokale, für Bars und für Zuckerbetriebe zu fordern.

Zum Fürsorgewesen übergehend, daß die „Neue Freie Presse“, die Pechbrüder des Finanzkapitals, eine „Fürsorge-Inflation“ genannt hat, erklärt Genosse Breitner:

„Es ist wahr, daß diese Stadtverwaltung seit 1919 das Fürsorgewesen völlig neu gestaltet und in einer früher in Wien nie gekannten Weise ausgebaut hat. Fürsorgeinflation ist es offenbar, daß die Gemeinde die unterernährten Kinder in den Volks- und Bürgerschulen, in den Kindergärten auspeist. Die Christlichsozialen sind diesem Problem auf ganz andre Weise begegnet. Im Jahre 1908 schickten die Lehrer von Ottakring in einem Aufruf das herzerweichende Geld von 13.000 freiernden und hungernden Schulkindern bloß in diesem einen Wiener Gemeindegürtel. Damals wurden die beiden Ottakringer Lehrer Zeig und Wastinef, die an der Spitze dieser Aktion standen, in Disziplinarrichterung gezogen. Martiniel ist heute Vorsteherstellvertreter der Hofstadt. Zeig ist unser Bürgermeister. Fürsorgeinflation ist es, daß die Gemeinde

drei Kinderplätze übernommen

hat, die von der privaten Wohltätigkeit gänzlich im Stich gelassen worden sind. 396.000 Schilling geben wir für die Schulzahnlücken aus. 200.000 Schilling von diesen Betriebskosten liefern uns die vier größten Konditorreien, Demel, Gerstner, Piska und Lehmann. Nimmt man dazu noch die Steuer des Schokoladenherstellers, des Kistnerbäckers und von drei Stachelbäckern, so ist für die Bedienung vorgesorgt. Die Christlichsozialen aber wünschen die völlige Steuerfreiheit für alle diese Betriebe. Sie sind wahrscheinlich ebenso gern bereit, auf die Schulzahnlücken zu verzichten. Die Schulärzte kosten 104.000 Schilling. Schon Zaeger hat sich mit dieser wichtigen Frage beschäftigt und sie mit der Bemerkung erledigt, die Schulärzte könnten die Medizin zu genau unterrichten“. Mit dieser frivolsten Beschäftigung der Wiener Ketzelschaft war die Sache abgetan. Die 104.000 Schilling und noch etwas darüber zahlt uns als Nahrungs- oder Genussmittelabgabe der Socher. Wenn es nach dem Willen der christlichsozialen Gewerbetreibenden gehen würde, hätte er künftig keinen Groschen Steuer zu entrichten.

Steuerfreiheit für den Saal! Abschaffung der Schulärzte!

Den Begriff Kinderzeitbäder hat man in Wien bis zu unserer Verwaltung überhaupt nicht gekannt. Wir verwenden dafür im Jahre 1927 den

Das Programm der Sozialistischen Jugend-Internationale.

Der Pressedienst meldet: Auf dem Amsterdamer Kongress der Sozialistischen Jugend-Internationale ist zwischen den Vertretern der drei großen internationalen Verbindungen der sozialistischen Bewegung, nämlich der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Jugend-Internationale die Vereinbarung getroffen worden, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der erwerbsfähigen Jugend vorzugehen. In Ausführung dieses Beschlusses hat am 31. Januar in Berlin die erste gemeinsame Konferenz von Vertretern der drei Internationalen stattgefunden, die sich mit der Vorbereitung dieser Aktion beschäftigte.

An der Sitzung nahmen teil die Mitglieder des Büros der Sozialistischen Jugend-Internationale, der Genosse Brown-Amsterdamer als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Genosse Crispin für die Sozialistische Arbeiter-Internationale, sowie einige Vertreter der deutschen Gewerkschaftsjugend. Die Sitzung beschloß einstimmig folgendes Mindestprogramm als Grundlage des gemeinsamen Vorgehens vorzuschlagen:

1. Verbot der Erwerbsarbeit der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr.
2. Elementarschulpflicht bis zum Beginn der Zulässigkeit der Erwerbsarbeit.
3. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichtes (Berufsschule) bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.
4. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Angestellten auf das Alter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.
5. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden einschließlich des

Betrag von 160.000 Schilling. Diese 160.000 Schilling holen wir uns aus der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe des Grand Hotel, des Hotel Bristol und des Hotel Imperial vollaus. Ja, es bleiben noch 180.000 Schilling übrig. Sie finden eine ausgezeichnete Verwendung für die Fürsorgeinflation, die in der Errichtung von Zehnhilfsheimen gelegen ist! (Beifall und Bravo!)

Vor wenigen Wochen ist das erste städtische Entbindungshaus eröffnet worden. Die Baukosten waren 2.200.000 Schilling. Wir haben mit der in einem Jahre von den Stundenhoteis gezahlten Steuer dieses Entbindungshaus erhalten können. Wären sich die Christlichsozialen mit ihren Anträgen nur die Gasse und die Stimmten der Besitzer der Wiener Stundenhoteis erworben. Jede Frau aus dem Volke aber, die in dem aus der Steuer der Stundenhoteis geschaffenen Entbindungshaus gewesen ist, wird diese Einrichtung nie vergessen. Aber auch um die Betriebskosten dieses Entbindungshaus braucht uns nichts zu sein.

Genau so viel zahlt nämlich der Fockelklub für die Fockelsteuer, als wir für dieses Entbindungshaus benötigen. (Beifälliger Beifall.)

Ja, ich sage Ihnen noch mehr. Die Fürsorgeinflation schreitet unausgesetzt weiter. Ich verweise ein Amtsgeschäft. Mit Zustimmung des Bürgermeisters ist eben jetzt ein Antrag in Ausarbeitung, der eine Anordnung des Stadtrates Professor Dr. Landier demokratisch soll.

Künftighin wird nämlich jede Wiener Frau für ihr neugeborenes Kind die notwendige Wäsche von der Gemeinde unentgeltlich beigelegt erhalten.

(Stürmischer Beifall und Rufe „Gott Breitner!“) Die Frauen, die darauf Anspruch erheben, werden sich bloß innerhalb der ersten beiden Monate der Schwangerschaft bei dem Jugendamt des Bezirkes zu melden haben. Damit soll die schmerzvolle Erinnerung an die Kriegszeit ausgeräumt werden, in denen die Mütter ihre Säuglinge in Zeitungspapier wickeln mußten. Diese neue Fürsorgeinflation wird eine schöne Anzahl Mütter kosten. Seien Sie indes überzeugt und ganz beruhigt, wir werden es schon verstehen, daß hierfür erforderliche Geld aufzutreiben! So, wie wir es verstanden haben, das Geld herbeizuschaffen für den

Ankauf des Habsbürgerschloßes Wilhelmberg.

Dieses Schloß wird künftig die viel edlere Bestimmung haben, ein städtisches Kinderheim zu sein. Es soll noch in diesem Frühling der Benutzung übergeben werden. Da haben Sie in voller Schärfe den Gegensatz des alten und des neuen Wien. Das Bürgertum ist in Demut und Ehrfurcht erstorben vor diesen Habsbürgern. Die Sozialdemokraten aber erstorben das Habsbürgerschloß und machen daraus ein Heim für Kinder des Proletariats! (Neuerlicher stürmischer Beifall.)

Der letzte Teil der Breitnerschen Rede galt dem Mieterkrieg und der Wohnhauspolitik. Die Gemeinde hatte versprochen, bis Ende 1928 in Wien 25.000 Wohnungen zu erbauen. Es sind daraus 20.000 geworden. Wie dieses Versprechen, so hat die Gemeinde alle anderen Versprechungen eingelöst, die sie gegeben hat, für sie gibt es keine Wahlsieger, sondern nur schäufige Programme.

Genosse Breitner schloß mit dem Aufruf, den Feldzug gegen das rote Wien mit einem Werbefeldzug für die Partei zu erwidern. Mit beifälliger Beifall nahm die Versammlung die Parole auf:

Wien ist rot und muß es immer bleiben!

Jahresunterrichts und der Zeit, die für Aufräumungsarbeiten beansprucht werden könnte.

6. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabend-Mittag oder Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche.

7. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.

8. Mindestens 3 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und 2 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren.

9. Fürsorge-, Unterstützungs- und Ausbildungsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche.

10. Regelung der Berufsbildung unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitnehmer.

Die bei den Beratungen mitbehandelte Frage der Verlängerung der Schulpflicht soll nach der Meinung der Konferenz zunächst in den Landesorganisationsrat zur Ausarbeitung gestellt werden.

In völliger Einmütigkeit wurden dann folgende Maßnahmen für die Propagierung und Durchführung dieses Mindestprogramms in Aussicht genommen. Zunächst sollen sich die angeschlossenen Landesverbände der drei Internationalen auf ein Mindestprogramm auf der Grundlage der hier aufgestellten Forderungen einigen, damit dann dieses Programm in die Propaganda und Sozialpolitik der Gewerkschaften, Parteien und Jugendorganisationen einbezogen werden kann. Außerdem sind gleichlaufende Aktionen der sozialistischen Parlamentsfraktionen der einzelnen Länder zur Vorlage von entsprechenden Gesetzentwürfen, besonders auch zur Ratifizierung der internationalen Abkommen, die Jugendbeschäftigung betreffen, vorzugeben.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes soll durch die Arbeitergruppe veranlaßt werden, die Frage des besonderen Schutzes der jugendlichen Arbeitskraft auf der Tagesordnung einer der nächsten Arbeitskonferenzen zu legen.

Tagesneuigkeiten.

Der Hungerstreik in Tobolsk.

(Wieder Solowechk.)

Der Berliner russische „Sozialistische Boten“ teilt mit:

Ende September vorigen Jahres unternahm die Verwaltung des politischen Gefängnisses in Tobolsk wieder einmal den Versuch, das Gefängnisregime noch mehr zu verschärfen. Infolge der Bestrafung der Anarchisten, die sich den neuen Maßnahmen widersetzen, erklärten die Anarchisten den Hungerstreik. Nach neuntägigem Hungerstreik wurden die Forderungen der St.-Kunden — Wiederherstellung des alten Gefängnisregimes, Nichtverfestigung der Gefangenen, die Widerstand geleistet haben — erfüllt. Einige Tage später jedoch wurden die Anarchisten Gurewitsch und Axelrod nach Moskau überführt, zu Kriminalverbrechern erklärt und nach den Solowechk-Inseln verbannt. Ein ähnlicher Vorfall spielte sich im Jaroslauer politischen Gefängnis ab, wo der Sozialrevolutionär Sorokin gleichfalls zu einem Kriminalverbrecher erklärt und nach den Solowechk-Inseln verbannt wurde.

Der Mörder von Ramieff verurteilt?

Brünn, 5. Febr. Die von der Gendarmerie geführten Erhebungen nach dem Täter des Raubmordes in Ramieff haben Freitag nichts Neues zur Festnahme eines des Mordes verdächtigen Mannes geführt. Die Gendarmerie verhaftete in Udenkholz den 24jährigen, beschuldigten Maurer Ignaz Kubo, da an seinem Winterrod Fußspuren aufgefunden wurden. Das nach seiner Einvernahme geführte Verhör ergab jedoch bisher keinen Anhaltspunkt, da der Verdächtige jeden Zusammenhang mit der Mordtat in Worte stellt und angibt, in der Mordnacht am Boden im Hause seiner Angehörigen übernachtet zu haben. Samstag früh gab Kubo wieder andere Auskünfte ab und erklärte, daß er während der Zeit, in der die Mordtat verübt wurde, in Brünn weilte.

55 Grippe-Todesfälle in einer Woche.

Künstlicher Bericht des Gesundheitsministeriums.

Prag, 5. Febr. Das Gesundheitsministerium meldet amtlich: In der Woche vom 23. bis 29. Jänner wurden in Mähren in 200 Gemeinden 6.156 Grippeerkrankungen und 18 Todesfälle gemeldet. An Komplikationen kamen vor: 85 Lungenerkrankungen, drei Mittelohrentzündungen, eine Brustfellentzündung. Die Zahl der erkrankten Frauen ist größer als der der Männer. — In Schlesien wurden in derselben Zeit 4.325 Erkrankungen und 11 Todesfälle gemeldet. Komplikationen traten bei 48 Fällen ein, und zwar meistens Lungenerkrankungen. — In der Slowakei wurden 7.146 Erkrankungen und 9 Todesfälle gemeldet. Davon Komplikationen in 57 Fällen mit Lungenerkrankung und zwei mit Mittelohrentzündung. In den größeren Städten ist die Grippe im Erlöschen. — In Karpatothronland werden 2.332 Erkrankungen und 15 Todesfälle gemeldet. Komplikationen 63 (meist Lungenerkrankungen). — Im Allgemeinen Krankenhaus in Prag verblieben zum 3. Febr. 47 Jüwache, am 4. drei; entlassen sechs, gestorben zwei, und zwar einer an Lungenerkrankung, und einer an Brustfellentzündung. Es verblieben daher am 4. ds. 44 Kranke.

Was sagen die Heher gegen die Sozialversicherung dazu?

In ein Gemeindeamt im Troppauer Bezirk gelangte folgendes Schreiben:

Gebürtle Gemeindevorstand!

Mit schwerem Herzen wage ich eine Bitte an Euch zu schreiben. Ich bin in großer Not und habe 10 volle Jahre in der Fabrik gearbeitet, jetzt bin ich schon seit 2. Mai 1925 wegen Alter entlassen. Ich habe eine Abfertigung von 1000 K bekommen auf ein Jahr und den 1. Mai 1926 die letzten 1000 K. Aber bei der tiefsten Teuerung, so sparsam wie mir geht, so bin ich doch so weit, daß ich verzweifeln muß. So wage ich eine Bitte an die geehrte Gemeindevorstellung; ich war 37 Jahre in ... Tagelöhner, ich habe mir nichts an Schulden kommen lassen, so bitte ich um Gehör Willen auf die lange Zeit, was ich noch zu leben habe, um eine Unterstützung, damit ich nicht auf die alten Tage verhungere muß. Denn Wirtshaus beim Hause bin ich nicht, so bin ich auf das, was ich habe, angewiesen. Wenn es den Herren nicht möglich sein sollte, eine Unterstützung zu geben, so bitte ich die Herren höflich, einen Tag in der Woche zu bestimmen, wo ich mir auf die lange Dauer in der Gemeinde eine milde Gabe oder ein Stückchen Brot holen kann. Es fällt mir sehr schwer, aber ich kann mir nicht helfen.

Wir der größten Hoffnung, daß mein Schreiben gute Herzen antreffen mag, verbleibe ich

Gebürtle ...
2000 K Abfertigung für 40 Jahre treue Arbeit. Was nachher geschieht, darum kümmert sich kein Mensch. Nebenbei bemerkt ist der vorliegende Fall noch ein „Glücksfall“. 2000 K bekommt der Mann als „Abfertigung“. Werden nicht die meisten Arbeiter lang- und kampflos, ohne einen Heller „Abfertigung“, auf das Pfoster geworfen, wenn sie alt und arbeitsunfähig sind? Und wieviel solche Rot bleibt unbekannt? Wir gewissenlos ist doch eine Gesellschaft, die da den Arbeitern den schmalen Bissen rauben will, den ihnen die Altersversicherung gewährt!

Landvolk und Sozialversicherung.

In der Frage der Sozialversicherung hat die Landvolksmeinung zwei Einschätzungen gefaßt. Die eine befaßt sich mit der

Selbständigenversicherung.

Das Streben des Bürgertums war schon im alten Oesterreich dahin gerichtet, jeden sozialpolitischen Fortschritt zu verhindern. So hat das deutsche Bürgertum in der Vorkriegszeit die Geschicklichkeit der Sozialversicherung zu verhindern. Schon damals war das Bürgertum bemüht, ihr antisoziales Verhalten zu verbergen und sie hat als Vorwand für ihre Verhinderung den Umstand angeführt, daß neben den Arbeitern nicht auch Vorsorge für die selbständig erwerbenden Schichten getroffen werden. Von ihnen würde die Forderung nach Vereinigung der Selbständigen- und der Unselbständigen-Versicherung erhoben, nicht etwa zu dem Zwecke, um eine Versicherung der Selbständigen durchzuführen, sondern um die Versicherung der Unselbständigen zu verhindern. Diese Absicht ist ihnen auch gelungen. Dasselbe Spiel hat bei der Beratung der Sozialversicherung in der Tschekoslowakei eingelegt. Es ist wohl gelungen, den alten sozialdemokratischen Grundgedanken nach vollkommener selbständiger Lösung beider Versicherungen durchzuführen, das Bürgertum ist aber auf einem Junktum geblieben, nach welchem beide Versicherungen nur gleichzeitig verwirklicht werden dürfen. Schließlich wurde auch das Junktum fallen gelassen, und zwar in dem Momente, als die Verbindung der Sozialversicherung für die Unselbständigen nicht mehr möglich war. Seitdem hat das Bürgertum jedes Anstreben an der Realisierung ihrer alten „Kardinalforderung“ nach Realisierung der Selbständigen verloren. Unsere Aufgabe ist es nun, die unerhörte Demagogie des geeigneten Bürgertums aufzuheben und getreu unseren Grundgedanken die Forderung nach Vereinigung der Alten und Jungen, der Witwen und Waisen zu erheben.

Dem Bürgertum besteht es jetzt, die Lasten der Sozialversicherung als Vorwand für ihre feindselige Haltung zu benutzen. Die Reichstagsung der Landvolkes ist der Überzeugung, daß die gesamten Lasten der Versicherung der Selbständigen und Unselbständigen mit Beizugsleistung geteilt werden könnten:

- a) durch Zuweisung eines geringen Bruchteiles der für Militäraktionen verwendeten Beträge;
- b) durch Zuweisung eines Teiles der durch die Fülle dem Staate gesicherten Einnahmen;
- c) durch Ueberweisung aller Einnahme aus den Einfuhrzöllen für polnische Kohle.

Zwei Unbekannte mit dem Auto verunglückt. Aus Ungvár wird gemeldet: In der Nacht am Donnerstag ereignete sich im Dorf Svitovec in der Nähe von Jassina ein Automobil-Unfall. Ein Saurin & Alchem-Automobil mit zwei Passagieren geriet in einen Wildbach und wurde fast vollständig in Stücke geschlagen. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus in Jassina gebracht, wo sie Freitag noch nicht das Bewußtsein wiedererlangt hatten. Da bei ihnen keine Legitimationen vorgefunden wurden, hat die Gendarmerie Nachforschungen nach ihrer Identität eingeleitet. Man glaubt, daß es sich um Vertreter einer Brünnener Tuchfirma handelt.

Eisenbahndiebe. Seit einiger Zeit wurden die Güterzüge, die nachts die Strecke Halle—Oberböhlen durchfahren, bestohlen. In der Nacht auf Samstag beobachteten Polizeibeamte, wie kurz hinter der Station ein Mann auf den fahrenden Zug sprang. Die Beamten verfolgten den Zug und sahen, wie der Mann aus den Güterwagen Kisten und Pakete auf den Bahndamm warf, wo diese von drei Männern, die sich dort versteckt hielten, aufgehoben wurden. Als die Diebe merkten, daß sie verfolgt wurden, ergrieffen sie die Flucht. Dabei kam es zu einem Kampfe, bei dem zwei der Räuber verletzt wurden, davon einer schwer.

Die Mutter erwürgt. In Scharnowitz (Kreis Neudorf) wurde gestern eine 70jährige Frau von ihrem Sohne, als sie in der Dunkelheit zum Wasserholen ging erwürgt und in den Brunnen geworfen. Der Mörder wurde verhaftet.

Schwere Explosion im Eisenbahnabteil. In der Nähe der polnischen Eisenbahnstation Jaszkow erfolgte Freitag in einem Wagen dritter Klasse des aus Bemberg kommenden Personenzuges die Explosion eines Cylind-Behälters, der von einem Passagier mitgeführt wurde. Infolge der Explosion geriet der Wagen in Flammen. 50 Passagiere des Wagens erlitten Brandwunden, davon 15 schwere. Der brennende Wagen wurde rasch abgepöppt und dadurch eine noch größere Katastrophe verhindert. Der Passagier, der den Behälter mit sich führte, ist trotz erlittener Brandwunden geschützt und wird von der Polizei gesucht.

Drama der Not. Aus der Wohnung eines arbeitslosen Bauers in Wien drang dieser Tage durchdringender Rauchgasgeruch. Die Nach-

Die zweite Resolution handelt von dem geplanten

Attentat auf die Krankenkassen.

Einige bürgerliche Blätter, allen voran die Organe der Landwirtsch., haben die Reichstagsung gebrückt, daß die Regierung die Absicht hat, der Nationalversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, mit welcher bei den Krankenversicherungsanstalten Verwaltungskommissionen eingesetzt werden sollen, die zu einem Drittel aus Arbeitgebern, zu einem Drittel aus Vertretern der Regierung bestehen sollen und in denen den Versicherten auch ein Drittel der Vertretung eingeräumt werden soll.

Die Reichstagsung erhebt folgende Proteste gegen diese Absicht, sie warnt die Regierung diesen Weg zu betreten und dadurch, die ansonsten vollkommen eingeschränkte Selbstverwaltung der Kassen vollständig aufzugeben. Die Reichstagsung ist der Überzeugung, daß unsere parlamentarischen Vertreter alles daran setzen werden, um dieses unerhörte Attentat abzuwehren, und sie ruft alle fortschrittlichen Elemente zum hartnäckigsten Widerstand gegen diesen Plan der Reaktion auf.

Die Reichstagsung ist mit der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und deren parlamentarischen Vertretung einig in der Auffassung, daß es unerlässlich ist, daß unverzüglich Reinvahlen in die KVA ausgeschrieben werden. Die Reichstagsung hält es für ihre vornehmste Pflicht, bei dieser Gelegenheit gegen den Vorgang, der seitens der Landwirtsch. bei der Errichtung eigener landwirtschaftlicher Krankenversicherungsanstalten den Willen der landwirtschaftlichen Arbeiter und den im Verband der Kleinbauern und Häusler vereinigen Willen den schärfsten Widerspruch zu erheben. Der Landbund will die Maßnahmen, die bei der sogenannten Wahl des Landesstrukturates beobachtet wird, auch auf die KVA anwenden. Seit mehreren Jahren werden die Justizräte der landwirtschaftlichen Arbeiter auschließlich von den vom Landbund willkürlich eingesetzten und nur aus Mitgliedern dieser politischen Partei zusammengesetzten Verwaltungskommissionen geleitet. Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß dieser Diktator einer politischen Partei in Arbeiterinstituten unverzüglich ein Ende gemacht wird. Wir bitten die Landvolkes, Kleinbauern, Häusler und Arbeiter werden gemeinsam mit der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der J. G. B. den Kampf für die volle uneingeschränkte Selbstverwaltung der Arbeiterinstitute durch die Arbeiter führen.

harn, die das bemerkten, hörten die beiden kleinen Kinder des Bauers schreien. Man sah Unheil und öffnete gewaltsam die verschlossene Tür der Wohnung. Küche und Zimmer waren mit Leuchtgas erfüllt. Im Zimmer lagen auf dem Boden die 3jährige Frau des Bauers, Elisabeth, und ihre beiden Töchter, die dreijährige Grete und die nochjüngere Elvira, mit Zeichen von Leuchtgasvergiftung. In der Küche stand der Kopf des Gaskochers offen, von dort war ein Schlauch bis ins Zimmer gespannt und auf dem Boden mit einer leeren Bierflasche befestigt. Die Frau hatte sich denn mit ihren beiden Kindern in die Küche des Gaskochers auf dem Boden gelegt und so den Tod erwartend Arbeitlosigkeit des Mannes und bitterste Not waren die Begleitkräfte zur Tat. Die Rettungsgesellschaft bewachte sich um Frau und Kinder. Angehörigen kam der Bauer heim und sah ganz verzeffelt, was geschehen war. Frau und Kinder wurden ins Spital gebracht.

Eifersucht. Der Innsbrucker Industrielle Paul Klauer erschloß den aus Wien stammenden 17-jährigen Gymnasialisten Josef Steiner aus Eferding. Klauer wurde verhaftet. Er gab an, er habe den jungen Mann, mit dem er eine Reise nach Italien unternommen habe, deshalb geödet, weil der Gymnasialist ihn mit seiner Frau betrogen habe.

Der Mord in Nf. Die Durchstreifungen der Wälder in der Umgebung von Nf nach dem Mörder Hans Wächter, der, wie berichtet, den Gastwirt Johann Karl Schmidt am Montag ermordet hat, ist ohne jeden Erfolg geblieben. Es gewinnt den Anschein, daß der von dem Täter angekündigte Selbstmord von ihm nicht verübt worden ist und daß er vielmehr die Flucht über die Grenze ergriffen haben dürfte.

Wölfe und Wildschweine in Karpatorhland. Aus Kharod berichtet die „Prager Presse“: Auf der Barchabina lauden wieder von der Höhe und dem Hunger gezeichnete Wölfe und Wildschweine auf und bringen in die Dörfer ein. Die Bevölkerung ist den Wolfshorden gegenüber, die großen Schäden anrichten, vollkommen schreiend. Allein in der Gemeinde Polonina Rumon haben die Wölfe 25 Pferde und 2 Rinder zerfleischt. In der Gemeinde Polona Huss drang eine Horde Wildschweine ein und konnte nur mit großer Mühe vertrieben werden. Die Bevölkerung ist ob dieser Zustände sehr beunruhigt und fordert, daß das Wild ausgerottet werde.

Heuschreckplage in Griechenland. Abgesehen von den Eilanden Chios, Rhodos und Samos und den Jonischen Inseln rächten im vergangenen Jahre die Heuschrecken in allen griechischen Provinzen bedauerliche Verheerungen an: vornehmlich litten Makedonien und Thakien, wo von ihnen die Tabakpflanzungen, aber auch die Weinberge, Feigenhaine und Maisfelder rasant zerstört wurden. Der durch die Heuschrecken hervorgerufene Schaden wird für das eine Jahr 1926 auf rund eine Milliarde

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Montag.

Wien, 11.45: Schallplattenmusik. 11.40: Rundfunkübertragung aus dem Wiener Konzerthaus. 12.00: Vorkonzerthaus. 12.15: Mittagskonzert. 1. Adam; Nürnberg; Capriccio; 2. Hebe; Ein Nobels-Spiel. 3. Koch; 4. Gassenmusik. 4. Hebe; 5. Hebe; 6. Hebe; 7. Hebe; 8. Hebe; 9. Hebe; 10. Hebe; 11. Hebe; 12. Hebe; 13. Hebe; 14. Hebe; 15. Hebe; 16. Hebe; 17. Hebe; 18. Hebe; 19. Hebe; 20. Hebe; 21. Hebe; 22. Hebe; 23. Hebe; 24. Hebe; 25. Hebe; 26. Hebe; 27. Hebe; 28. Hebe; 29. Hebe; 30. Hebe; 31. Hebe; 32. Hebe; 33. Hebe; 34. Hebe; 35. Hebe; 36. Hebe; 37. Hebe; 38. Hebe; 39. Hebe; 40. Hebe; 41. Hebe; 42. Hebe; 43. Hebe; 44. Hebe; 45. Hebe; 46. Hebe; 47. Hebe; 48. Hebe; 49. Hebe; 50. Hebe; 51. Hebe; 52. Hebe; 53. Hebe; 54. Hebe; 55. Hebe; 56. Hebe; 57. Hebe; 58. Hebe; 59. Hebe; 60. Hebe; 61. Hebe; 62. Hebe; 63. Hebe; 64. Hebe; 65. Hebe; 66. Hebe; 67. Hebe; 68. Hebe; 69. Hebe; 70. Hebe; 71. Hebe; 72. Hebe; 73. Hebe; 74. Hebe; 75. Hebe; 76. Hebe; 77. Hebe; 78. Hebe; 79. Hebe; 80. Hebe; 81. Hebe; 82. Hebe; 83. Hebe; 84. Hebe; 85. Hebe; 86. Hebe; 87. Hebe; 88. Hebe; 89. Hebe; 90. Hebe; 91. Hebe; 92. Hebe; 93. Hebe; 94. Hebe; 95. Hebe; 96. Hebe; 97. Hebe; 98. Hebe; 99. Hebe; 100. Hebe.

Wien, 11.45: Schallplattenmusik. 11.40: Rundfunkübertragung aus dem Wiener Konzerthaus. 12.00: Vorkonzerthaus. 12.15: Mittagskonzert. 1. Adam; Nürnberg; Capriccio; 2. Hebe; Ein Nobels-Spiel. 3. Koch; 4. Gassenmusik. 4. Hebe; 5. Hebe; 6. Hebe; 7. Hebe; 8. Hebe; 9. Hebe; 10. Hebe; 11. Hebe; 12. Hebe; 13. Hebe; 14. Hebe; 15. Hebe; 16. Hebe; 17. Hebe; 18. Hebe; 19. Hebe; 20. Hebe; 21. Hebe; 22. Hebe; 23. Hebe; 24. Hebe; 25. Hebe; 26. Hebe; 27. Hebe; 28. Hebe; 29. Hebe; 30. Hebe; 31. Hebe; 32. Hebe; 33. Hebe; 34. Hebe; 35. Hebe; 36. Hebe; 37. Hebe; 38. Hebe; 39. Hebe; 40. Hebe; 41. Hebe; 42. Hebe; 43. Hebe; 44. Hebe; 45. Hebe; 46. Hebe; 47. Hebe; 48. Hebe; 49. Hebe; 50. Hebe; 51. Hebe; 52. Hebe; 53. Hebe; 54. Hebe; 55. Hebe; 56. Hebe; 57. Hebe; 58. Hebe; 59. Hebe; 60. Hebe; 61. Hebe; 62. Hebe; 63. Hebe; 64. Hebe; 65. Hebe; 66. Hebe; 67. Hebe; 68. Hebe; 69. Hebe; 70. Hebe; 71. Hebe; 72. Hebe; 73. Hebe; 74. Hebe; 75. Hebe; 76. Hebe; 77. Hebe; 78. Hebe; 79. Hebe; 80. Hebe; 81. Hebe; 82. Hebe; 83. Hebe; 84. Hebe; 85. Hebe; 86. Hebe; 87. Hebe; 88. Hebe; 89. Hebe; 90. Hebe; 91. Hebe; 92. Hebe; 93. Hebe; 94. Hebe; 95. Hebe; 96. Hebe; 97. Hebe; 98. Hebe; 99. Hebe; 100. Hebe.

Deutschland.

Bahnhofskrawall. 1926. 11.30: Bahnhofsbesuch. 12.00: Bahnhofsbesuch. 12.15: Bahnhofsbesuch. 12.30: Bahnhofsbesuch. 12.45: Bahnhofsbesuch. 13.00: Bahnhofsbesuch. 13.15: Bahnhofsbesuch. 13.30: Bahnhofsbesuch. 13.45: Bahnhofsbesuch. 14.00: Bahnhofsbesuch. 14.15: Bahnhofsbesuch. 14.30: Bahnhofsbesuch. 14.45: Bahnhofsbesuch. 15.00: Bahnhofsbesuch. 15.15: Bahnhofsbesuch. 15.30: Bahnhofsbesuch. 15.45: Bahnhofsbesuch. 16.00: Bahnhofsbesuch. 16.15: Bahnhofsbesuch. 16.30: Bahnhofsbesuch. 16.45: Bahnhofsbesuch. 17.00: Bahnhofsbesuch. 17.15: Bahnhofsbesuch. 17.30: Bahnhofsbesuch. 17.45: Bahnhofsbesuch. 18.00: Bahnhofsbesuch. 18.15: Bahnhofsbesuch. 18.30: Bahnhofsbesuch. 18.45: Bahnhofsbesuch. 19.00: Bahnhofsbesuch. 19.15: Bahnhofsbesuch. 19.30: Bahnhofsbesuch. 19.45: Bahnhofsbesuch. 20.00: Bahnhofsbesuch. 20.15: Bahnhofsbesuch. 20.30: Bahnhofsbesuch. 20.45: Bahnhofsbesuch. 21.00: Bahnhofsbesuch. 21.15: Bahnhofsbesuch. 21.30: Bahnhofsbesuch. 21.45: Bahnhofsbesuch. 22.00: Bahnhofsbesuch. 22.15: Bahnhofsbesuch. 22.30: Bahnhofsbesuch. 22.45: Bahnhofsbesuch. 23.00: Bahnhofsbesuch. 23.15: Bahnhofsbesuch. 23.30: Bahnhofsbesuch. 23.45: Bahnhofsbesuch. 24.00: Bahnhofsbesuch.

Trachmen angefallen, so daß die biblischen Zweifler wirklich ein Faktor sind, mit dem die griechische Volkswirtschaft in negativem Sinne rechnen muß. Wohl gibt es ein Gesetz zur Bekämpfung der Heuschrecken, das den Behörden ausgedehnte Vollmachten verleiht. Die von der Plage befallenen oder bedrohten Bezirke werden durch ein Regierungsdekret gewissermaßen in Belagerungszustand erklärt. Das hat zur Folge, daß in den Departementshauptstädten Zentral-Kommissionen und in jeder Gemeinde Lokal-Kommissionen entstehen, die den Krieg gegen die Heuschrecken organisieren. An zwei Tagen jeder Woche besetzen sich die Schulkinder statt zum Unterricht auf die Heuschreckenjagd; auch alle Personen über 16 Jahre können herangezogen werden. In den Kriegszustand muß jede beteiligte Gemeinde mindestens zwei Krüge ihres Budgets besteuern; weigert sie sich, kann der Präpekt sie zur Zahlung einer entsprechenden Summe anhalten. Leider ist das Gesetz, das die Nummer 512 trägt, im wesentlichen tot als Papier geblieben, während die Heuschrecken lebendigste Wirklichkeit sind. Daher Alarmrufe der griechischen Presse, die verlangt, daß für das angebrochene Jahr bessere Vorkehrungen getroffen werden.

Reklame auf Leichensteinen. Daß die amerikanische Reklame nicht einmal vor den Ruhestätten der Toten Halt macht, beweisen verschiedene Inschriften, die an solchen Orten zu finden sind. So steht auf einem Leichenstein auf dem Friedhof zu Long Island:

„Hier ruht Annie Hopkins. Sie würde sich ihre Schönheit noch länger haben bewahren können, wenn sie sich mehr des Seifencreams von Corton u. Sohn bedient hätte.“

Auf einem anderen Grabstein finden wir die Inschrift:

„Hier ruht Elise Bernstem, von der Himmlischen Bestattung u. Chap. der besten Tragezeit, die bisher alle Kunden zu ihrer vollsten Zufriedenheit bedient hat.“

In dem Raum der Verbrennungskammer in einem Atomatorium hat eine Firma aus Russland folgende erbauliche Inschrift anbracht:

„Wenn Du diesem Raume noch einige Zeit fern bleiben willst, dann vermerke für die Zubereitung Deines Salates die Marke Red Hill.“

Zwei Todesopfer einer Schießerei. Am Frei- tag abends wurden zwei Polizeibeamte in Kott- hansen bei Gelsenkirchen, die ein Gastwirt zu Hilfe gerufen hatte, da eine große Anzahl von Per- sonen ihn bedrohte, so hart bedrängt, daß sie von der Schutzwaffe Gebrauch machen mußten. Zwei Per- sonen wurden getötet, eine schwer verletzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Für zwei Morde acht Monate Gefängnis. In Polen haben die Mörder gute Zeiten, wenn sie Offiziersuniformen tragen. Der Hauptmann Ladeuski Petruszewicz hatte in einem Omnibus zwei Reisende niedergeschossen, mit denen er in einem Wortwechsel geraten war. Diese bestialische Ermordung hatte großes Aufsehen erregt und wurde von der gesamten Presse lebhaft kommentiert. Dieser Tage hatte sich nun die er Mörder in Offiziersuniform vor dem Warschauer Militär- bezirksgericht zu verantworten, das ihn zu acht Monaten Gefängnis verurteilte. Als Milderungs- gründe wurden angeführt, daß der Mörder ein verdienstvoller Offizier sei und sich bisher nichts zurechnen lassen konnte. In Lember- berg wurde ein Unschuldiger totgeprügelt. — Ur- teil: acht Monate Gefängnis und ein Freispruch; hier ein Doppelmord — Urteil: acht Monate Ge- fängnis; in Tschernochau oder erhielt eine jüdische Studentin für das Tragen eines Rosenkranzes auf einem Maskenball ein Jahr Gefängnis. . .

Klaueheit im Lourdesgeschäft? In einer großen Pariser Zeitung findet sich folgende Anzeige:

Lourdes,
Großhandel mit Devotionsartikeln, garantierter Nettoumsatz 80.000 Franken, Kapital von 200.000 Franken gesucht. Man sucht Kompanion mit 120.000 Franken Kapital für Monopolverkauf von Maria-Lourdes-Statuen ohne Konkurrenz. Von Oktober bis Oktober netto 75.000 Franken. Zu- schriften an Viehwald, Lourdes.

75.000 Franken Nettogehalt in einer Saison sind nicht zu verdienen. Aber warum will der fromme Mann, dem die heilige Jungfrau von Lourdes das Monopol für den Verkauf ihrer Statuen anvertraut hat, das Geschäft mit einem anderen teilen? Doch nicht bloß aus christlicher Unheimlichkeit? Es will fast scheinen, daß Klau- heit im Lourdesgeschäft eingetreten ist. Die Kon- kurrenz zwischen den Wallfahrtsorten ist so groß und bald wendet sich diesem, bald jenem die Gunft des Publikums zu. Um sich behaupten zu können, bedarf man jetzt offenbar in Lourdes neuen Be- triebskapitals.

Gerichtssaal.

Er gab sich als unier Klub sekretär aus.

(Landesstrafgericht Prag.)

Vor dem Breitschiffenante des O. P. 8. Rates Bouzel hatte sich vorangem Wochenende Wagner, angeblich Sprachlehrer in Olmütz, wegen des Verbrechens des Betruges zu verantworten. Wagner verkehrte in einer Restauration auf der Seina, wo es ihm gelang, sich in eine seine Stammtisch- gesellschaft hereinzuschmuggeln. Er gab sich als Sekre- tär unseres Abgeordnetensklubs aus, verteilte sogar wiederholt Eintrittskarten auf die Galerie ins Par- lament — weiß der liebe Himmel, wie er zu diesen kam — und ließ sich eines Tages von einem Gast die goldene Uhr mit dem Vorwande aus, einen Abge- ordneten bei Nacht am Bahnhof erwarten zu müssen und seine eigene Uhr vergessen zu haben. Ein Gast war wirklich so naiv, ihm die Uhr zu leihen. Wagner verschwand hierauf und wurde auf Grund des Ver- brechensurteils auf der Polizei dingfest gemacht. Er ist bereits vielfach vorbestraft, so fünf Jahre wegen Diebstahls in Graz, acht Monate wegen Schwundung, zwei Monate wegen Vagabundage in Reichenberg, 1925 wegen Diebstahls acht Monate. Dabei hat der Mann Natur und siedet Semster Philosophie stu- diert. Er erhielt diesmal zehn Monate schweren Kerkers. Es ist selbstverständlich, daß unser Klub-

vorwalt er mußten, wie man das Publikum zu be- handeln hatte.

Ein „internationaler“ — Dieb.

(Landesstrafgericht Prag.)

Josef Herrnball, 40 Jahre alt, gebürtig aus Bolen, scheint es in der Tschechoslowakischen Republik außerordentlich zu gefallen. Vielleicht deshalb, weil er im Jahre 1924 unter dem Namen Ehrlich — konnte er sich denn ein schöneres Pseudonym erwä- len? — für einen Pretiosendiebstahl im Werte von 70.000 im Geschäft des Juweliers Tondel vier Jahre schweren Kerkers und die Landesverweisung zwei Drittel des Straußausmaßes den polnischen Re- genten übergeben worden war, beehrte er Prag wieder ausgeführt hatte. Nachdem er noch Verbüßung von mit einem Besuche. Er wurde am 21. Dezember v. J. im Geschäft des Fleischhauers Corral Svoboda in Prag III erwischt, wie er sich mit der Handhabe zu schaffen machte, die aber leer war. Um dem Gan- nen das Handwort gründlich zu legen, klagte ihn der Staatsanwalt auf den verurteilten Diebstahl des im Boden befindlichen — Fleisches im Werte von 1000 K, da er sonst, weil die Kasse leer war, nur wegen einer Uebertretung bestraft werden konnte. Obgleich Herr- ball zugab, mit der Absicht gekommen zu sein, Bar- geld zu nehmen und gegen einen beabsichtigten Dieb- stahl des Fleisches protestierte, wurde er doch — dank

der Zuhilfenahme des Herrn Staatsanwalts Koboiny — zu zwei Jahren schweren Kerkers für diesen ver- urteilt, unvollendeten Diebstahl verurteilt. Ich wollte mir nur Reuegeld nach Deutschland verhaf- ten, meinte er, was hätte ich denn mit dem Fleisch im Boden anfangen können? — Nun, es wird dem baldmals vorbestraften internationalen Dieb nicht schaden, diesmal wegen eines Diebstahls verurteilt wor- den zu sein, das er aller Wahrscheinlichkeit nicht be- gangen hätte. Die Frage bleibt nur, ob ihn die zwei Jahre bessern werden.

Die Geschworenen-Auslosung fand Freitag im Präsidium des Landesstrafgerichtes Prag für die nächste Periode statt.

Devienturie.

Prager Kurse am 5. Febr.

	Preis	Werte
100 holländische Gulden	1348.25	1374.25
100 Reichsmark	748. —	802. —
100 Pfennig	406.62 ^{1/2}	471.8 ^{1/2}
100 Schweizer Franken	647.50	61.50
1 Pfund Sterling	103.17 ^{1/2}	164.7 ^{1/2}
10 — Lire	148.9 ^{1/2}	143.3 ^{1/2}
1 Dollar	33.61 ^{1/2}	33.91 ^{1/2}
100 kroatische Franke	132.62 ^{1/2}	133.7 ^{1/2}
10 — Dinar	59.90	59.70
100 — Penna	590.02 ^{1/2}	599.0 ^{1/2}
100 polnische Bloth	37.50	381.70
100 Schilling	474.1 ^{1/2}	477.1 ^{1/2}

40 bis 60 Kc Wochenlohn!

Bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit. — Der Niedergang der Glasindustrie.

Sonntag, den 30. Jänner d. J. fand in Eisenbrod eine Konferenz der tschechischen Glasarbeiter statt, die vom Arbeitsausschuß der Glasarbeiter, deren Vorsitzender der frühere Sena- tor Lish ist, einberufen war. In dieser Konferenz waren das Ministerium für Handel und Gewerbe, das Ministerium für soziale Fürsorge, die Zentral- kommission für Glasheimarbeit, die politischen Be- zirksverwaltungen Turnau und Semil, die Han- delskammer in Reichenberg, die Gewerbeinspek- torate in Reichenberg und Jungbunzlau, die Ab- geordneten und Senatoren des Jungbunzlauer Kreises, die Genossenschaften mit dem Sitz in Gablung und Tannwald, sowie der Zentralverband der Glasarbeiter mit dem Sitz in Tannwald, ge- laden.

wird und dadurch eine größere Anzahl von Arbeit- lern beschäftigt werden kann. Redner habe damals darauf hingewiesen, daß wohl das Quantum auf das drei- und vierfache steigen kann, aber von den dreitausend Ringbleisern wird in absehbarer Zeit nur ein geringer Bruchteil mehr beschäftigt wer- den können. Was vorausgesetzt wurde ist einge- treten; während einmal im deutschen Gebiete 1700 Arbeiter beschäftigt werden konnten, wird heute die Zahl kaum 500 betragen. Derselbe Niedergang ist im tschechischen Gebiet zu verzeichnen. Aber nicht nur die Ringbranche, auch die Schiffs- perlendbranche wurde zu Tode geschmetzelt und jetzt droht dieselbe Gefahr der Kristallglasbranche. Wir können uns nicht wehren, wenn die Maschine gleichwertige Erzeugnisse schafft, wir müssen aber entschieden Stellung nehmen, wenn durch Schund- ware laufende um ihr Brot gebracht werden. Den Arbeitern des tschechischen Ge- bietes müssen wir sagen, sie sollen sich eine starke gewerkschaftliche Or- ganisationschaffen, nicht auf die Be- hörde oder die Erzeuger, Hoffnun- gen setzen, sondern nur durch eigene Kraft, vereint mit den Massenbewe- gten Glasarbeitern des deutschen Ge- bietes andere Verhältnisse schaffen. Es sprachen dann die Vertreter der Genossen- schaften, sowie der Senator Jabek. Sodann wurden die Vertreter nomhaft gemacht, welche für die Arbeiterschaft der Enquete im Handelsministe- rium bewohnen.

Die Konferenz war sehr stark besucht. vertre- ten waren die politischen Bezirksverwaltungen in Turnau und Semil, die Zentralkommission für Glasheimarbeit und die in betracht kommenden Genossenschaften. Von den Abgeordneten und Senatoren war der Senator Jabek erschienen. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses Lish sprach über die Ursachen, welche die Konferenz notwendig machen und schildert die trostlosen Ver- hältnisse im Turnauer und Semiler Industriege- biete. Die Arbeitslosigkeit sei vor allem daraus zurückzuführen, daß an Stelle der geschlossenen Ware minderwertige gepreßte, geschmiedete Ware ausgeführt wird. Er verlangt, daß die Ausfuhr derselben verboten und die Kontrolle strengstens gehandhabt wird. Die Ausführungen einzelner Arbeiter gaben ein entsetzliches Bild. Löhne von 40 bis 60 Kc bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeits- zeit. Die Arbeiterschaft ist unmorganisiert und be- kommt daher keine Arbeitslosenunterstützung. Nachdem der sogenannte Schmirgelring heute schon von den Glasbütten erpottiert wird, sind hunderte Arbeiter und der überwiegende Teil der Unternehmer in ihrer Existenz bedroht.

Bei der Enquete am 31. Jänner nahmen die Vertreter der Arbeiter, sowie die der Genossen- schaft, den Standpunkt ein, das Ausfuhrverbot für bestimmte Artikel sei aufrecht zu erhalten, während die Vertreter des Gremiums der Exporteure in Gablung sowie Dr. Kostka für die Reichenberger Handelskammer, für die freie unbehinderte Aus- fuhr sprachen.

Für den Zentralverband der Glasarbeiter sprach der Gen. Redziegel. Derselbe schilderte die Bemühungen des Zentralverbandes, es wurden alle in Betracht kommenden Faktoren aufmerk- sam gemacht, welche Gefahr der Ringbranche durch die Erzeugung des Schmirgelringes droht. Im Jahre 1922 erklärten die Exporteure, daß der Um- satz durch den billigen Ring sich bedeutend steigern

doppelt andächtig, d. h. wie man eben dazumal die Anzahl im Theater ausfüllte.

Wurden die Studenten gar zu froh, d. h. sangen sie während der offenen Szene ihre Sanklieder oder machten unpassende Zwischenrufe, dann rief ihnen der ergrimme Goethe zuweilen von seiner Loge aus ein verzerrtes Wort zu. Doch denen da unten im Parkett imponierte das keineswegs sonderlich. Sie trieben ihren Unfug weiter, und der künftige Allmächtige in seiner Loge war froh, daß die Unge- botenen ihn nicht noch persönlich anliefen. Auch der Landesvater Karl August sah sich gelegentlich genötigt, den Studenten seine Mißbilligung zu- tuisen, was in der Regel auch nicht viel fruchtete, einmal aber sogar zur Holze harte, daß einer der Jenaer Studenten, ein Graf Plattenberg, dem Herzog eine Forderung wegen Beleidigung übersenden ließ! Nur infolge der Rücksicht des Herzogs wurde nicht weiter daraus. In den wenig beliebten Per- sonen am Weimarer Theater gehörte die Schausple- lerin Karoline Fagemann, die Geliebte des Herzogs, und ihr gegenüber glaubte man schon wegen ihrer Beziehungen zum Herzog durch gelegentliches Randolieren räpeltast aufzutreten zu dürfen.

Solche nicht gerade erfreulichen Theaterzeiten gab es im Goetheklub Weimar. Der fürstliche Absoluit- mus steckte hier einen Pflock zurück, dann die stand- läufigen Jenaer Studenten brachten Geld nach Weimar, und das wurde durchaus geschätzt. Schließlich muß man auch berücksichtigen, daß die studentischen Ziten damals an und für sich äußerst räpeltast waren, ferner, daß der Dichter Goethe bei aller Beschönigung und Verherrlichung, die er zu seinen Be- suchern genog, für seine Zeitgenossen im allgemeinen eben noch nicht das war, was er für die Nachwelt wurde. J. Kliche im Bog. Professordienst.

Theaterjitten von anno dazumal

Den Theaterbesucher von heute, der nicht nur an die Aufführungen, sondern auch an den Zu- seherraum und das ruhige Verhalten des Publi- kums die höchsten Ansprüche stellt, amiet es seltsam ca, gelegentlich aus einer zeitgenössischen Chronik zu erfahren, daß es noch vor einem Jahrhundert mit der Kultur des Zuschauerraumes zunächst sehr gute Wege hatte. Wir hören da, daß man nicht nur während der Aufführungen seine mitgebrachten Dun- stkerote in aller Gemütsruhe verpöchte, sondern sich auch in mancherlei Unterhaltungen erging, ohne auf die übrigen Theaterbesucher die geringste Rücksicht zu nehmen. Mit andächtigem Hin- und her der Aus- richtung auf unserer Tage eine klassische Aufführung an sich vorüberziehen. Wie aber war es in der Ent- wicklungszeit dieser Werke? Als in Hamburg Sings „Rina von Barahelm“ und der „Kathen“ aufgeführt wurden, wollte das Theater- publikum diesen Stücken gar keinen Gehmaß ab- gewinnen, und die Studie der Jiland und Roschue waren ihm, von sonstigen Solusposten abgesehen, entschieden willkommen. Hätte deshalb der Theaterdirektor nicht wahrscheinlich ein wenig s- tungswellige Unterhaltung gefordert, so wären am Ende das nächstemal seine Gäste überhaupt nicht wieder- gekommen. So geschah es denn, daß während der „Kathen“-Aufführung das Publikum in den Pausen zwischen den einzelnen Akten durch Tropen- und ähnliche Vorträge amüsiert wurde. Hier und da trollte sich auch ein Späzmaaker herum. Man wollte doch etwas haben, wenn man ins Thea- ter ging, und der Theaterdirektor und sein Assen-

Die Regelung des Gewerbebetriebes bei Bankgeschäften. Der Unterausschuß für Fragen des Kredites des Wirtschaftsbeirates hielt am 3. Febr. eine Sitzung ab, an der Vertreter des Fi- nanzministeriums und des Senates teilnahmen. Es handelte sich hiebei um die Stellungnahme zum Gesetzentwurf über die Regelung des Ge- werbebetriebes bei Bankgeschäften. Das Gewerbe des Privatbankiers ist bisher frei und der Geset- tentwurf sieht nunmehr die Konzeptionierung die- ses Gewerbes vor. Außerdem sollen alle Privat- bankiers in eine Zwangsorganisation vereinigt werden und alle Inhaber von Bankgeschäften sol- len einer strengeren Revision untergestellt werden. Es wurde ein Arbeitskomitee eingesetzt, dem für die Arbeitnehmergruppe der Sekretär der Bankbeamtenorganisation Genosse Skallin an- gehört.

Tschechoslowakisch-deutsches Porzellangeschir- renkartell. In Deutschland schweben gegenwärtig Verhandlungen über die Schaffung eines Kartells der Porzellangeschirrfabrikanten. Wie nun das „Ver- liner Tageblatt“ meldet, besteht in Kreisen der gleichartigen böhmischen Fabriken die Absicht, falls das deutsche Kartell zustande kommt, in eine Interessengemeinschaft mit diesem einzugehen.

Bildungsarbeit

Unsere Reichspartei schulen 1927.

Die gewaltig gesteigerten Aufgaben, die un- sere Partei in diesem Lande gestellt sind, ver- pflichten uns, alle geistigen und intellektuellen Kräfte der Massenbewegten Arbeiterschaft zu mo- bilisieren. Von dieser Auffassung getragen, hat der Parteivorstand den Beschluß gefaßt, die Zentral- stelle für das Bildungswesen zu beauftragen, auch in diesem Jahre wieder zwei Reichschulen (eine Reichspartei- und eine Reichs- frauen- schule) zu veranstalten.

Die Dauer beider Schulen ist mit je vier Wochen festgelegt. Form ist das In- ternaat.

Die Reichsparteischule beginnt am Montag, den 28. März und endet am 23. April. Sie findet im Gesehungshaus in Johannisbad statt.

Die Reichsfrauen- schule beginnt am Montag, den 4. April und dauert bis 30. April. Sie wird im Gesehungshaus in Kun- nersdorf (Bezirk Deutsch- Gabel) abgehalten.

Der Lehrplan für beide Schulen wird bekanntgegeben, wenn die Verhandlungen mit den Lehrern abgeschlossen sein werden. Die Zentral- bildungsstelle bemüht sich um die Gewinnung der bewährtesten Lehrkräfte des In- und Auslandes.

Das Schulgeld, das von den delegierten Organisationsen zu entrichten ist, wurde mit Kö 400.— festgelegt. Dieser Betrag ist kaum ein Drittel der auf einen Schüler, bzw. eine Schüle- rin, entfallenden Gesamtskosten.

Die Anmeldung der Schüler und Schülerinnen muß durch die zuständigen Organisationen bis längstens 20. März bei der Zentralstelle für das Bildungswesen erfolgen. Der Anmeldung ist eine vom Schüler, bzw. Schülerin, geschriebene Darstellung des Entwid- lungsganges und der sozialistischen Vorkulung beizuschließen. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme steht dem Parteivorstand zu.

Wir sind überzeugt, daß die Absichten des Parteivorstandes, jedes Jahr aufs neue eine Schar von Vertrauensleuten und befähigten Funktionären, mit umfassendem sozialistischem Wissen auszurüsten, von allen Parteifreien ge- bührend unterstützt werden. Die sudetenländische Arbeiterschaft hat der Arbeiterbewegung Öster- reichs eine stolze Anzahl erster Führer gegeben. Dieser Quell ist nicht verregt, auch heute noch finden wir in unseren Reihen viele hervorragend begabte Genossen und Genossinnen, die zu schen- len unsere Pflicht ist. Dies um so mehr, als uns in der nächsten Zeit harte Kämpfe erwarten (wir verweisen nur auf die kommenden Gemeinbeweh- len) und wir alles tun müssen, um unsere Be- wegung vorwärts zu führen.

Literatur.

„Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slaven“, herausgegeben von Erdmann Hanisch, Friedrichs Verlagsgesellschaft, Breslau (Est- europä- Institut). Das sechsen erschiene Halb- jahresheft bringt Abhandlungen über die Kolonisation des Nord-Balkanus, Neuerwerbungen auf philologischem Gebiet, eine Bibliographie der bisher in deutscher Uebersetzung erschienenen tschechischen Belletri- stik u. a. m. Von den vielen Buchbesprechungen slo- wischer Publikationen ist für uns in diesem Staote eine wohlinformierte Kritik des Buches des Dire- ctors des tschechischen (lat. Amies Jan Auerhan, „Die sprachlichen Minderheiten in Europa“ die wichtigste. Der Rezensent des Werkes, Univ.-Prof. Dr. Konrad Leubert in Breslau, wirft Auer- han vor, die ganze Schrift nur als Tendenz-Propa- gandenschrift über die „herrlichen“ Verhältnisse der Minoritäten in der Tschechoslowakei verfaßt zu haben. Die genannten statistischen Nachweise Prof. Leuberts über die Schulverhältnisse, Schulverfollun- gen, Quotienten an Unterrichtsanstalten deutscher und tschechischer Muttersprache erbringen den Be- weis, daß man in Deutschland sehr wohl über die wahren Verhältnisse bei uns informiert ist und sich kein K für ein II vormachen läßt. J. R.

„Jüngste Arbeiterdichtung“. Ausgabe von Karl Präger, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle Allianceplatz 8. Der bekannte Arbeiterdichter Präger erließ einen Aufruf an die proletarischen Dichter Deutschlands, an die Jüngsten, noch nicht bekannten, um ihre besten Gedichte wieder herauszugeben eines Sammelbandes einzuladen. Von 1900 Gedichten wählte er etwa 50 der besten Arbeiten aus und so entstand dieses Bändchen „Arbeiterdichter“. Sonette des 18jährigen Metallarbeiters Thasch aus Oberösterreich, Symen Karl Olschick aus Böhmen und 50 andere junge Arbeiter-Schriftsteller aus allen Ecken Deutschlands machen das Bändchen, das ungemein billig ist (50 Pfennig), zu einem wahren Schatz für alle an der jugendsozialistischen Bewegung interessierten Menschen. 3. R.

Kunst und Wissen.

Friedrich Adler-Feier. Sonntag, den 13. begeht der Prager Dichter Friedrich Adler seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlaß findet am Samstag in der Kleinen Bühne eine Feier statt, die von Hugo Salus mit einem selbstverfaßten Prolog eingeleitet wird. Darauf bringt Friedrich Höglin einige Gedichte Adlers zum Vortrage und Josef Hagen singt dessen Lied „Dämmerstunde“. Hierauf wird der Einakter „Karneval“ aus des Jubilars „Kunst, Freiheit“ gegeben. Zur Fällung des Abends wird dann neuinszeniert „Der zerbrochene Krug“ aufgeführt.

Große Konzerte. Am 9. und 11. Februar weitere Konzerte (Beethoven-Symphonien): Rosa-Quartett in der Böhm. — Am 11. Februar Emil Sauer im Smetana-Saal. — Am 16. Februar Sonaten Beethovens und Bach: Kocian-Haba in der Böhm. — Am 17. Februar einziges Konzert Umberto Urbano im Smetana-Saal. — Am 24. Februar Erica Morini im Smetana-Saal. — Am 17. März: Pablo Casals, Böhmisches Philharmonie, Lugersa.

Theater-Almanach 1927. Der von Carl Schindler her herausgegebene Theater-Almanach des Neuen Deutschen Theaters und der Kleinen Bühne in Prag ist auch für das Jahr 1927 im Verlage von Gustav Fantás Nachfolger erschienen, und zwar diesmal in der handlichen Form einer Taschenausgabe. Die Anordnung des Inhaltes des Almanachs ist die gleiche, praktische geblieben wie früher. Sehr wertvoll sind wieder die mit lückenloser Genauigkeit getragenen statistischen Mitteilungen über Erstaufführungen, Gastspiele, Konzerte (mit detaillierter Programmangabe), Sonderschauspieltourneen etc., die den Almanach zu einem für den Fachmann und Theaterliebhaber unentbehrlichen Nachschlagewerk machen. Reichhaltiger Bilderschmuck, ein Kalendarium und vollständiges Adressenverzeichnis sämtlicher Theatermitglieder und Theaterfunktionäre runden den weiteren Inhalt des entwerfend wertvollen neuen Theater-Almanachs.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, 7 Uhr (80-4): „Der Mantel“, „Schweizer Angelika“, „Gianni Schicchi“. — Donnerstag, 7 1/2 Uhr (81-1): „Kastelbinder“. — Freitag, 7 Uhr (82-3): „Garten Eden“. — Samstag, 7 Uhr: Premiere „Schwalbennest“. — Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr: Arbeiterbühnen-Vorstellung: „Carmen“; 7 Uhr: „Schwalbennest“. — Montag, 7 Uhr (84-4): „Kobengrin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch, Bankbeamten-Vorstellung: „Dr. Stieglitz“. — Donnerstag: „Fluch“. — Freitag, Kulturabend: „Oskar, laß dich nicht verführen“. — Samstag, 7 1/2 Uhr, neuinszeniert: „Karneval“, „Zerbrochener Krug“. — Sonntag, 3 Uhr: „Rosa oder Schrift“; 7 1/2 Uhr, Gastspiel Leopold Kramer: „Spiel im Schloß“. — Montag, Bankbeamten: „Das Postamt“, „Karneval“.

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

Wochenprogramm.

Heute, halb 11 Uhr: „Die weiße Kunst“, Sportfilm. Dazu: Der „Schichtfilm“. Sehenswerter Industriefilm.

Montag, 8 Uhr: „Neue und alte Wege zur Lebensfreude.“ Dr. Rud. Urbanitschitz (Wien).

Montag, 8 Uhr: „Die weiße Kunst“ und der „Schichtfilm“. Kulturfilmbildführung.

Dienstag, 8 Uhr: „Eine Reise zu den Vulkanen der kanarischen Inseln.“ mit Lichtbildern. Univ.-Prof. Dr. Spengler (Wien). 1. Vortrag: „Aus dem Reiche der Natur.“

Mittwoch, 6 Uhr: Erziehungsberatung. **Mittwoch, halb 7 Uhr:** „Zeitalter der Verkünder des Adels der Arbeit.“ Hostal Prof. Rych. 1. Vortrag: „Charakterbilder aus der Weltliteratur.“

Freitag, 8 Uhr: „Ueber Herzkrankheiten, die es nicht sind.“ Univ.-Prof. Dr. Wendebach (Wien).

Samstag, 3 Uhr: Kulturfilm.

In den Konzerten: Rosa-Quartett, Jovita Fuentes, Wiener Philharmoniker. Dirigent Weingartner für Urania-Mitglieder Ermäßigung.

Karten zu allen Veranstaltungen. Mitglieds-karten-Erneuerungen und Mitglieder-Neu-meldungen täglich halb 10-1 und 3-7 Uhr. Biokasse, Smetanaplatz. Tel. 20429.

Urania-Volkshochschule.

Amelie Semeter. Beginn: Sonntag, 6. ds. **Heute, Sonntag, 10-12:** „Einführung in die Buchhaltung.“ Franziska Scheuf. 10 Doppelstunden. 30 K.

Dienstag, 3-5 Uhr: „Moderne Damen-wäsche.“ Frau. Reduna. 10 Doppelstunden. 50 K.

„Urania-Kino“.

„Die Brüder Schellenberg“. Kantor Seide in einer Doppelrolle, deren schroffe Geisteskräfte er frapant charakterisiert und darstellt! In den anderen Hauptrollen: Hil Dagobert, Klara Gold und erstes deutsches Starenkandale. Urania-Kino. Smetanaplatz. Tel. 20429. Heute 8, 1/6 und 8 Uhr. Montag 1/6 Uhr. Sonst täglich 1/6 und 8 Uhr. 4543



Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sty. Teplitz-Schönbau, Ortsgruppe Prag. Der diesjährige Maskenball findet Sonntag, den 6. Februar im Delac-Saal, Prag-Weinberge, Pochova, statt. Reservierungen an Koll. Richard Mal, Prag II., Högnerova nam. 4. Telefon 51351. 4544

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Sozialistische Jugend, Prag. Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 Uhr, im Verein deutscher Arbeiter-Registationsabend (Crusius und Peiteres). Gäste willkommen.

Turnen und Sport.

Die Wintersportwettkämpfe in Großhammer.

Die ersten Wintersportwettkämpfe des tschechischen Arbeitersportverbandes begannen heute. Die Schneesverhältnisse hatten sich in den letzten Tagen so weit gebessert, daß die Wettkämpfe doch durchgeführt werden konnten. Einige Läufe fanden trotz des pappigen und schlechten Schnees statt. Die Beteiligung unseres Arbeitersportverbandes Auffig ist eine sehr gute.

Resultate

Der heutigen Wettkämpfe sind folgende:

30 Kilometer Langlauf, Sportler; gestartet 11.
1. Ferdy Anton, DLJ., 4 Stunden 5 Min. 2. Sek. 2. Fraber Anton, DLJ., 4 Stunden 11 Min. 14 Sek. 3. Tomas Rifons Auffig, 4 Stunden 20 Min. 39 Sek.

6 Kilometer Langlauf, Sportlerinnen; gestartet 7.
1. Brückner Frieda, Auffig, 31 Min. 7 Sek. 2. Berner Selma, Auffig, 34 Min. 20 Sek. 3. Raková Marie, DLJ., 42 Min. 15 Sek.

6 Kilometer Langlauf, Jugendliche Sportler; gestartet 20.

1. Simm Walter, Auffig, 28 Min. 50 Sek. 2. Radlovic Franz, DLJ., 29 Min. 36 Sek. 3. Sacher Hugo, Auffig, 29 Min. 58 Sek. 4. Dobry Josef, DLJ., 30 Min. 10 Sek. 5. Czech Rudolf, Auffig, 30 Min. 16 Sek.

10 Kilometer Langlauf, für den zusammengelegten Lauf; gestartet 8 Sportler.

1. Schöler Hebert, Auffig, 1 Stunde 18 Min. 8 Sek. 2. Neuhäuser Adolf, Auffig, 1 Stunde 20 Min. 10 Sek. 3. Clich Jaroslav, DLJ., 1 Stunde 20 Min. 56 Sek.

4 Kilometer Hindernislauf; gestartet 19 Sportler.

1. Nieder Reinhold, Auffig, 33 Min. 30 Sek. 2. Umann Otto, Auffig, 33 Min. 46 Sek. 3. Simm Walter, Auffig, 34 Min. 4. Czech Rudolf, Auffig, 34 Min. 20 Sek. 5. Robera Karl, DLJ., 34 Min. 50 Sek.

Besonderes Interesse erwecken die Sprungläufe, welche morgen auf der neuen Sprungbahn durchgeführt werden.

Herausgeber Dr. Lubwig Czech
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holit.

Lautsprecher
unerreicht in Form, Klangfülle und Töneinheit.

Gleichrichter
ladet automatisch den Akkumulator zu Hause.

Anodenspannungsapparat
zum Anschluß an das Lichtnetz. Ersetzt vollkommen die Anodenbatterie.

PHILIPS

Die Kreisgewerkschaftskommission Wardsdorf sucht einen

Gewerkschaftssekretär

Reflektanten müssen eine jährliche Mitgliedschaft in der Gewerkschaft nachweisen, sowie organisatorisch und rednerisch befähigt sein. Der Bewerber wäre beauftragt eine Schilderung des Lebenslaufes und der bisherigen Tätigkeit. Schick nach Vereinbarung. Offerten sind bis längstens 1. März 1927 an die Kreisgewerkschaftskommission in Wardsdorf IV., Döllingergasse 1442, zu richten. 10976

Verlangt überall

Volksszänder

BÖHMISCHE UNION-BANK PRAG.

Telephon-Nr. 220-5-1, 237-4-1, 299-4-1, 305-2-4.
Depeschen: UNIONBANK PRAG.

**Aktienkapital K 200.000.000.
Reservenfonds K 136.750.000.**

Filialen:
Asch, Bratislava, Braunau, Brünn, Freiwaldau, Friedek I. Schl., Gablonz a. N., Graslitz, Hohenau, Jägerndorf, Karlsbad, Königshof a. E., Marienbad, Mähr.-Ostrau, M.-Schönberg, Neutitschein, Olmütz, Proßnitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Teplitz-Schönbau, Trautenau, Troppau.

Živnostenská banka v Praze.
Gegründet 1868.

Telephone: 278-4-1, 319-4-1, 268-3-0, 207-0-0, 312-0-5, 512-0-5, 206-7-0.
Für interurbane Gespräche: 202-2-5 und 311-4-1.

Aktienkapital K 200.000.000. Reservefonds über K 18.000.000.

Filialen: Jungbunzlau, Bratislava, Brünn, Deutschbrot, Böhm.-Budweis, Göding, Königgrätz, Iglau, Klattau, Kolin, Kaschau, Reichenberg, Melnik, Olmütz, Mähr.-Ostrau, Pardubitz, Pisek, Pilsen, Proßnitz, Tabor, Teplitz-Schönbau, Triest, Aussig, Karlsbad, Wien I., Herrengasse Nr. 12. —

Exposituren in Abbazia und Landenburg, Sušice und Vinohradý.

Besorgt alle Bankgeschäfte im In- und Auslande.

Kuh & Kretsch
Erzeugung sämtlicher feiner Liqueure Rum und Brandy etc. sowie alkoholfreier Getränke

Teplitz-Schönbau
Engros-Verkauf im Hofgäßchen Büro I. Stock Eingang durch den Ausfall.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumverleines SELCHWAREN der Firma HEGNER & Cie., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!